SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Konkurrenzen auf dem Deutungsmarkt: politische und wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa

Segbers, Klaus (Ed.); Mielke, Katja (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Segbers, K., & Mielke, K. (Hrsg.). (2002). *Konkurrenzen auf dem Deutungsmarkt: politische und wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa* (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Politik, 41). Berlin: Freie Universität Berlin, Osteuropa-Institut Abt. Politik. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-440957

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Klaus Segbers / Katja Mielke (Hg.)

Konkurrenzen auf dem Deutungsmarkt:

Politische und wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa

41 /2002

Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts
der Freien Universität Berlin
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft

Klaus Segbers / Katja Mielke (Hg.)

Konkurrenzen auf dem Deutungsmarkt:
Politische und wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa

Heft 41/2002

ARBEITSPAPIERE
DES OSTEUROPA-INSTITUTS DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

ARBEITSSCHWERPUNKT POLITIK

Das Osteuropa-Institut der Freien Universität beschäftigt sich als multidisziplinäres regionalwissenschaftliches Zentralinstitut in Forschung und Lehre mit den Räumen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas.
Mit der Reihe **„Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts**“ stellt der Arbeitsschwerpunkt Politik aktuelle Ergebnisse aus seiner Arbeit einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Arbeitspapiere erscheinen in unregelmässiger Folge. Einzelne Papiere können gegen eine Schutzgebühr bezogen werden bei:

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Garystr. 55
14195 Berlin
http://www.oei.fu-berlin.de/

Tel.: ++49 30 838 5 4058
5 2075
5 3708
Fax: ++49 30 838 5 3788

© 2002 by Klaus Segbers, Katja Mielke (Hg.)
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft
Herausgeber: Klaus Segbers
Redaktion: Katja Mielke, Susanne Nies

ISSN 1434 – 419X

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT 4

1 WISSENSCHAFTLICHE ZUGRIFFE AUF OSTEUROPA 5

1.1. Heinrich Vogel: Politikberatung–Who cares? Wissenschaft über Osteuropa 5
1.2. Mary McAuley: NGOs and Policy Making in a Russian Context …….. 10
1.3. Janine Marie Calic: Südosteuropa: Treiben Medien die Politik? 12
1.4. Marina Pavlova-Sil'vanskaja: NGOs und Civil Society:
Mehr als eine Mode? 16
1.5. Gesine Schwan: Kultur und Stereotypen als Faktoren politischen Gestaltens 19

2 POLITIKGESTALTUNG IM FRÜHEN 21. JAHRHUNDERT 23

2.1. Hans-Ulrich Klose: Vom Gestalten und Ertragen 23
2.2. Karl Lamers: Außenpolitik 27
2.3. Richard von Weizsäcker: Wissenschaft-Medien-Politik: (Ir)rationale
Politikgestaltung in einer komplexen Realtität 30
2.4. Monika Grütters: Von den Tiefen und Untiefen der Landespolitik –
Erzählungen aus Berlin 31

3 MEDIALE DEUTUNGEN 33

3.1. Gunter Hofmann: Agenda-Setting und Adhocismus: Wer und Was
bewegt deutsche Außenpolitik? 33
3.2. Klaus Bresser: Agenda-Setting: Zur „Macht" der vierten Gewalt 36

4 ESSAYS: WISSENSCHAFT-MEDIEN-POLITIK 39

4.1. Sebastian Nagel: Schuld sind immer die anderen? 39
4.2. Agata Organista: Zum Verhältnis zwischen Medien und Politik 43
4.3. Anita Richter: Vom Elfenbeinturm ins Rampenlicht 46
4.4. Katja Mielke: Die Macher und ihre Wähler: Von Steuerungsillusionen
und Kontrollfiktionen 50
4.5. Dirk Lullies: Adhocismus – die Macht der Medien und die Ohnmacht
der Politik? 54
4.6. Daniela Stawinoga: Wissenschaft braucht Eigen-PR..... 60

Vorwort

Die Deutung der Prozesse in der Weltpolitik ist seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und angesichts einer sich intensivierenden Globalisierung komplizierter geworden. Regionalspezialisten und vergleichende SozialwissenschaftlerInnen bemühen sich seit zehn Jahren ebenso wie Interessierte in Politik, Wirtschaft und in den Medien, die Wandlungsprozesse zu fassen und sie mit Einschätzungen, Prognosen und Handlungsempfehlungen zu begleiten. Das gilt für die Internationalen Beziehungen allgemein und Osteuropa speziell.

Weniger Aufmerksamkeit wird der Frage gewidmet, wie all diese Träger von Deutungs- und Entscheidungskompetenz miteinander interagieren. Ergänzen sie sich? Konkurrieren sie miteinander auf Event-Märkten? Wie beeinflussen sie sich? Wie funktionieren die Schnittstellen zwischen den genannten Bereichen? Wie konzeptionell, „rational" ist Politik zwischen Infotainment, Partei- und Koalitionsarithmetik, internationalen Konferenzen und transnationalen Netzwerken? Was bleibt an Steuerungspotentialen in globalen Zeiten?

Zu diesem Fragenkomplex hat das Osteuropa-Institut im Wintersemester 2001/02 eine Ringvorlesung veranstaltet. Dazu wurden mit Deutungen befasste Politiker, Journalisten und WissenschaftlerInnen eingeladen, die teils in Referaten, teils in Diskussionen untereinander – und immer auch im Austausch mit dem Publikum – ihre Antworten gegeben haben. Die hochrangigen Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland, aus Wissenschaft, Bundes- und Landespolitik, Medien, Wirtschaft und NGO haben ihre Positionen jeweils vorgetragen und sie anschließend mit dem Publikum diskutiert. Zusammenfassungen der Vorträge möchten wir mit diesem Arbeitspapier einem interessierten Publikum ebenso zugänglich machen wie kommentierende Essays von Studierenden, die an der Ringvorlesung teilnahmen.

Ich nutze die Gelegenheit, der Heinrich-Böll-Stiftung zu danken, die zwei der Veranstaltungen gefördert hat. Mein Dank gilt auch dem Harnackhaus der Max-Planck-Gesellschaft, wo die Mehrzahl der Vorlesungen in angenehmer Atmosphäre stattfand. Weiterer Dank gilt der Abteilung Außenangelegenheiten der Freien Universität, die die Durchführung eines Kolloquiums zum Abschluss der Vorlesungsreihe sowie die Publikation der Vorträge finanziell unterstützt hat. Katja Mielke hat die Veranstaltung begleitet und sehr viel zu ihrem Gelingen beigetragen. Dieses Arbeitspapier hat sie kompetent editiert.

Klaus Segbers, Berlin, Juni 2002

1 Wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa

1.1. Politikberatung – Who cares? Wissenschaft über Osteuropa

Referent: Heinrich Vogel

Prof. Dr. Heinrich Vogel gilt als einer der renommiertesten Russland-Kenner in Deutschland. Als studierter Wirtschafts- und Osteuropawissenschaftler leitete er von 1976-2000 das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln. Heute ist er als Mitglied im Stiftungsrat des Deutschen Instituts für internationale Sicherheit und Politik (SWP) und als assoziierter Professor an der Universität von Amsterdam tätig.

Politikberatung – Angebot & Nachfrage

Politik ist kein eindeutiger Terminus. Er umfasst mehrere Ebenen und sehr viele Akteure, die Medien, die Öffentlichkeit, das Ausland

Die Nachfrageseite

Politik sucht Paradigmen, eingängige Formeln, die Sinn stiften. Beispielhaft sind die Konvergenztheorie der 60er und 70er Jahre, die These vom „*end of history*“ oder ihr Gegenteil, Samuel P. Huntingtons *„clash of civilizations“*. Und dann sind da noch solche diffusen Kategorien wie „Globalisierung“, die alles erklären und nichts. Aber die Politik ist *happy*, wenn sie eine solche Formel verwenden kann. Es gibt einen Sprachgebrauch, der sich ständig anpasst, der auf Innovation spitzt. Und ein guter Teil der Arbeit in der Politik besteht darin, solche Instrumente bewusst zu machen und in ihrer Eignung oder fehlenden Eignung dessen, was zu entscheiden ist, zu definieren.

Politik sucht die Aktualität. Warum? Weil sie auf Aktualität reagieren muss. Sie ist gezwungen, Stellung zu nehmen und den Eindruck der Problemlösungskompetenz zu erwecken. Die potentielle Brisanz von Problemen interessiert unter Aktualitätsdruck immer weniger. Man muss den Zeitpunkt treffen, an dem das Interesse durch die Aktualität geweckt ist. Von der Wissenschaft werden trotzdem Prognosen erwartet, zum Beispiel: Wer wird Nachfolger von A, B, C... ?, Wann wird das kommunistische System, die Sowjetunion, zusammenbrechen? Die Bestätigung etablierter Perzeptionen wird erwartet, das heißt alternative Entwicklungen, ein Plural von Zukunft, Szenarien im eigentlichen Sinne sind nicht interessant. Gewünscht wird die Bestätigung dessen, was man als Trend glaubt erkannt zu haben. Im Hinblick auf den 11. September 2001 reichte die Phantasie der Entscheidungsträger nicht, sich das Vorstellbare vorzustellen, man wagte es nicht. Eine Argumentation in Kategorien von Möglichkeit, Ungewissheit und Komplexität ist grundsätzlich unwillkommen. Das Unvorhergesehene muss erst passieren, Ereignisse wie der politische Selbstmord der KPdSU oder der 11. September müssen erst passieren, um als Möglichkeit ins Visier genommen zu werden. Dies ist der Nachfragehorizont, das Spektrum der Erwartungen an Beratung in der praktischen Politik. Trotzdem soll hier für Milde gegenüber den Entscheidungsträgern plädiert werden, denn diese stehen unter hohem Zeitdruck, haben kaum Zeit zu vertiefenden Gesprächen oder längerer Lektüre.

Was braucht Politik?

Politik braucht Präsenz, Abrufbarkeit und Verfügbarkeit. Das bedeutet, es muss eine institutionalisierte Forschung geben, die abgesehen von den Nachrichtendiensten und den Referaten in den Ministerien einen Vorrat bereithält, der in den wenigen Augenblicken der kritischen Zuspitzung vorhanden ist. Politik braucht Loyalität, aber nicht unbedingt parteipolitische Loyalität. Sie muss gegenüber dem Entscheidungsprozess und dem Entscheidungsträger vorhanden sein. Politik braucht Diskretion. Entscheidungsprozesse dürfen nicht kolportiert werden. Politik braucht Mitdenken – über unbeabsichtigte Nebenwirkungen, innenpolitische Implikationen und Folgen von Beratung. Politik braucht den Verzicht auf akademische Schnörkel - ohne Fußnoten und ein Zuviel an akademischer Sprache. Politik braucht Multidisziplinarität, Denken über die eigenen Fachgrenzen hinaus und beispielsweise das Gespräch mit dem Kollegen von der anderen Fakultät.

Die Angebotsseite

Wissenschaft bedeutet die ständige Berücksichtigung des Forschungsstandes und der Versuch ihn anzuwenden, ihn zu testen an dem, was über den zu entscheidenden Vorgang bekannt ist und für eine systematische Analyse zur Verfügung steht. Hinzu kommt der Zwang zur ständigen Weiterbildung. Im Grunde, es klingt trivial, ist Wissenschaft also die professionell erworbene und geprüfte Fähigkeit zum systematischen Denken, zur Anwendung von Logik auch im Sinne eines vernetzen Denken.

Die Schnittstelle von Politik und Beratung

In Deutschland wird das Zusammenspiel von Politik und Politikberatung von einem Zufallsgenerator angetrieben – anders als beispielsweise in den USA oder in der Wirtschaft. Es gibt nur lückenhafte Beziehungen zwischen den Ressorts Politik und Wissenschaft. Die Zusammenarbeit ist ohne organisatorische Grundlage. Sie lebt erst auf bei Krisen, wenn ein Problem akut ist, aber dann ist es schon zu spät: Man hechelt den Ereignissen hinterher. Außerdem kommt den Medien in Deutschland eine zu große Rolle bei der Führung des Außenpolitik-Diskurses zu. Sie sind Träger der außenpolitischen Debatte, nicht diejenigen, die Entscheidungen treffen.

Generell ist die mangelhafte Zusammenarbeit kein Problem des guten Willens, sondern ein Strukturproblem. Es existiert kein Verbindungsglied zwischen Forschung und Entscheidungsträgern. Hinzu kommen Zeit- und Personalprobleme in den Ministerien und Planungsstäben. Ein organisierter und kontinuierlicher Dialog, ein Vier-Augen-Gespräch, findet nicht statt. Gegenbeispiel ist erneut die USA, wo die Regierung jährlich die Wissenschaft in Form des *National Security Council* zusammenruft und befragt. Die deutsche Politikberatung fungiert nicht als Frühwarnsystem, obwohl sie im internationalen Vergleich ansehnlich ausgestattet ist. Jedoch fehlt ein institutionelles Verbindungsglied, das kontinuierlichen Dialog garantieren würde. Das ist bisher undenkbar in der Politik eines Landes, das den Anspruch erhebt, europäische und Weltpolitik gestaltend mit zu beeinflussen.

Gegenstand Osteuropa

Bei der Hinwendung zu einem konkreten Gegenstand, nämlich Osteuropa, fällt auf, dass niemand hat auch nur teilweise den Zusammenbruch des sozialistischen Systems vorausgesehen hat. Theoretisch wurde viel vorhergesagt – das Scheitern an mangelnder

Innovation und Neuerung, aber weder Form noch Zeitpunkt wurden klar bestimmt. Die Entwertung des antagonistischen Weltbildes hatte weitreichende Konsequenzen für die Osteuropa-Forschung. Das Interesse an der Osteuropa-Forschung hatte immer etwas zu tun mit dem Gefühl der Bedrohtheit durch eine alternative Weltsicht, ein alternatives Weltbild und natürlich die daraus hervorgegangenen politischen und militärischen Strukturen. Das antagonistische Weltbild hat Spuren im Denken hinterlassen, auch in dem Sinne, dass es plötzlich als überholt betrachtet wird, weshalb auch der Gegenstand überholt ist. Osteuropa ist nicht mehr relevant, das Problem ist gelöst – durch Selbstmord.

Die Sinnsuche folgt auf dem Fuße: In einer bekannten Anekdote rät der Soziologieprofessor seinem Doktoranden für den Fall, dass er sich bei etwas unsicher sein sollte: „If you don't know how it works call it a process and if you don't know what it is call it a system". Genau das passierte in der Anwendung auf Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. Man hat es „Transformation" genannt und den Eindruck erweckt als wüsste man, was es ist und wie es funktioniert. Heute verstehen wir etwas mehr davon, aber mit einem erheblichen *time lack*. In *real time* hat es niemand begriffen. Trotzdem steht die Forderung nach Sinnsuche im politischen Raum. Sie wird bedient wie es in Zeiten des Kalten Krieges üblich war - mit ideologischen und teleologischen Aussagen, mit einer Betrachtung, die letztlich darauf zurückgeführt wird, dass der Weg von A nach B zwangsläufig nur in eine Richtung geht. Das heißt, dass es eine Einbahnstraße zum liberalen Staat gibt und nichts anderes. Jeder Weg, der in eine andere Richtung gehen könnte, ist Zeitverlust und zu verdammen. Ganz wenige haben in den Jahren nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die Radikalität des Denkens aufgebracht, auch darüber nachzudenken, dass andere Variationen von Suchprozessen möglich, sinnvoll, wenn auch nicht immer optimal, sein können. Was heißt schon „optimal" in Bezug worauf? Sicher nicht nur auf den liberalen Rechtsstaat westlicher Prägung. Der normative Ansatz impliziert immer den Vergleich und in diesem Fall die Analogie zu westlichen Gesellschaften. Hier entsteht ein ganz besonderes Problem im Gespräch mit Politikern und auch mit der Öffentlichkeit: Sie werden hypnotisiert vom Gebrauch identischer Termini, die den Begriff der Demokratie, wenn er von einem gerade konvertierten Politiker in Osteuropa in den Mund genommen wird, sofort als Realität in Intention wie in der Umsetzung betrachten.

Westliche Politiker, die zur Kooperation, beispielsweise mit Russland, unter allen Umständen gezwungen sind, neigen zu einem verkrampften Optimismus. Die Vision von einem demokratischen und kooperativen Partner Russland lässt man sich nicht gerne nehmen. Auf die Idee, dass es noch andere Interpretationsmuster für die Formulierungen und Handlungen eines solchen Partners geben könnte, kommt niemand. Nehmen wir als Beispiel hierfür die Rede von Präsident Putin vor dem Deutschen Bundestag. Die Rede war perfekt auf dieses Publikum zugeschneidert. Sie hat emotional eine hohe Wirkung erzielt, aber durch ihre Emotionalität natürlich auch die intellektuelle Distanz gedämpft. Die gleiche Problematik eröffnet sich im Gespräch mit Investoren, die in Russland oder in einem problematischen Land investiert haben und weil sie investiert haben: Aufgrund der Tatsache, dass sie keine störenden, negativen Nachrichten hören wollen, ist unser analytisches Verständnis von Russland in den letzten zehn Jahren von einem verkrampften Optimismus geprägt worden.

Ein anderer Teil der analytischen Gemeinschaft hält an einer grämlichen Skepsis fest, einem „post-antikommunistischen Syndrom". Auch hier ist die Verweigerung

gegenüber der Möglichkeit einer alternativen Zukunft, einer Möglichkeit des Erfolgs, der Möglichkeit einer Überraschungslösung, zu spüren.

Die anhaltende Labilität der politischen Strukturen wie auch die Ambivalenz der Daten, die zur Verfügung stehen, erschweren ein zusammenfassendes Urteil. Ist das Glas Wasser halbvoll oder halbleer? Das ist nichts anderes als Ratlosigkeit über die Instrumente, die keine eindeutige Antwort geben angesichts diffuser Probleme und Indikatoren. Im Ergebnis wird die letzte Agenturmeldung zum Anlass für große Aufregung. Selektive Wahrnehmung filtert das heraus, was man sich erhofft und gefühlsbestimmte Perzeptionen dominieren die Auseinandersetzungen zwischen Optimisten und Pessimisten. Optimisten sehen in Russland einen komplizierten, aber grundsätzlich alternativlosen Weg in eine westlich-liberale Zukunft mit dem Markt als unsichtbarer Demiurg über den Möglichkeiten der Politik. Die Pessimisten sehen in der Insider-Privatisierung die Entstehung eines Mafia-Staates. Sie betrachten politische und bürokratische Eliten nur nach dem Kriterium ihrer Korrumpiertheit. Sowohl die Optimisten als auch die Pessimisten sind fahrlässig. Sie bemühen sich nicht um die Durchdringung der Probleme oder sie bemühen sich nicht genug um alternative Interpretationsmuster. Wenige Thesen haben die Zukunft nach dem Ende des Kalten Krieges mehr beeinflusst als die These vom „liberalen Frieden“. Ein dauerhafter Frieden zwischen Staaten ist umso sicherer, desto mehr sich die innere Entwicklung den Strukturen westlicher Demokratien annähert. Denn nur westliche Demokratien tendieren dazu, ihre Bereitschaft zu Aggressionen gegen Nachbarstaaten aus ökonomischem Interesse zu zähmen. Ein wahrer Kern, der jeweils genau empirischer Untersuchung bedarf, ist wohl darin enthalten.

Die Komplexität und damit auch der Zeitbedarf gesellschaftlicher Emanzipation und Anpassungsprozesse sind in Zeiten der Beschleunigung der Geschichte mit Sicherheit größer als es der politischen Praxis lieb sein kann. Dem langen Zeithorizont der Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung steht ein kurzer Entscheidungshorizont der Politik von höchstens fünf Jahren gegenüber. Langfristige Trends sind eigentlich nur Schnickschnack und landen im Feuilleton-Teil der Zeitungen.

Warum ist das alles so wichtig?

Es geht um existentielle Probleme, es geht um die Frage, inwieweit ein Land, das in einem derart von Konvulsionen belasteten Prozess gefangen ist, ein berechenbarer Partner in der Außenpolitik sein kann? Darin besteht die eigentliche Kernfrage der Politikberatung. Es entspricht dem naiven Geschichtsoptimismus der Wendezeit nach 1990, wenn sich westliche Beobachter auf ihrer Suche nach positiven Entwicklungen mit der Durchführung freier, gleicher und geheimer Wahlen als einziges Kriterium zufrieden geben. Daran hat sich bis heute nichts geändert, die Entwicklung ist aber offen. Wenn von uns bei den Politikern keine Neugier auf alternative Interpretationen dessen, was sie immer schon gewusst haben, erzeugt werden kann, hat die angewandte Forschung ihren Zweck verfehlt.

Jemanden in seiner Vorstellungswelt positiv zu verunsichern, nicht negativ, die Dinge positiv zu formulieren, neugierig zu machen – Neugierde auf eine Entwicklung, die spannend und nicht notwendigerweise nur positiv ist, darauf kommt es an. Die Offenheit der russischen Entwicklung so darzustellen, ist die eigentliche Schwierigkeit. Politiker wollen, dass man ihnen die Entscheidungssituation erleichtert, statt nach Alternativen zu fragen.

Beratung ist also nicht nur Deutung. Beratung beinhaltet auch das Nachdenken über alternative Interpretationsmuster in ihrer Anwendung auf Entscheidungssituationen. Das ist der eigentliche Engpass, der institutionell nicht abgesichert ist und für den auch nur ein begrenztes Potential zur Verfügung steht. Wir müssen uns über eines klar sein: Die letzte Verantwortung liegt immer bei den Politikern. Das darf aber nicht als Begründung für den permanenten Versuch dienen, diese anstehenden und notwendigen Entscheidungen nicht möglichst zielrational zu beeinflussen.

Zusammenfassung: Sebastian Nagel

1.2. NGO's and Policy Making in a Russian Context

Referentin: Mary McAuley

Before joining the Ford Foundation in 1995 to open its new Moscow office, Dr. Mary McAuley held posts teaching politics at the Universities of York, Essex, and Oxford. She specialises on Soviet politics and history. Publications include: *Russia's Politics of Uncertainty*, 1997; *Politics and the Soviet Union*; *Bread and Justice: Petrograd 1917-1922.*

Western Aid and Policy Making in the Russian Context

Questions to be asked when looking at the interaction between the Russian policy-making community and foundations and aid agencies from Western countries and within Russia:

1) Does the structure of the policy-making community in Russia affect or influence the way that foundations and aid agencies work?
2) Do Western and Russian foundations and aid agencies exert an influence either on policy itself, directly, or, indirectly, by influencing the nature of the policy-making community.

We contrast two periods - the early '90s and 2001 – and begin with a description of the characteristics of the policy-making community and the donor community in those years. A policy-making community can be divided into three categories of actors: those who are determining the policy agenda, those who ratify and modify political decisions, and those who influence the agenda. Furthermore, the ability of each set of actors to exercise its role may vary.

In the independent Russia of 1991/1993 three groups were determining the political agenda and the policy-making process. Most influential of all were the President and the Chair of Council of Ministers, who worked together, and the Parliament, although itself a chaotic and badly organised political body. Also contributors to the policy agenda, were a third group which included Ministers, academics and foreign experts, who directly influenced legislative proposals. However, critical decisions were made by the President, and Chair of the Council of Ministers. The Parliament also played a key role as an actor ratifying (or not) and modifying legislation. The press, by raising topics – bringing them before the public and the political actors – played a role in influencing the political agenda. Less influential, but not insignificant actors in this third category were the political parties, divided along ideological lines - the old guard/communists and the reformers - a division which was found not only in the political arena but also in society in general.

In 2001, in contrast, the President and his apparatus are the actors who matter most. The Prime Minister and the Ministers are less important and influence policy only up to a certain extent. The newly constituted Parliament/Duma is no longer part of the policy agenda-setting group, and plays the part of a compliant parliament, ratifying what the President wishes. Although less influential the parliament has improved its professional skills. However, the decision-making process, particularly at the presidential level, has become much less transparent. In 2001, academic experts as a separate group are less important than ten years before. Individuals have joined the policy establishment but

strong independent professional groups, who can expect to be consulted, are not part of the scene. A new group, entering the category of actors which may influence the agenda, are NGOs which negotiate with Ministers on issues that concern them. The press has lost the influence it had ten years previously and shows little interest in playing an independent and active role in defining the policy agenda or raising issues. Political parties are feeble actors in the political arena in 2001 and do not take an active part in influencing the policy agenda. In sum: the gap between state structures and society has not been filled in by any strong, policy agenda-influencing groups. Personal connections remain an important means of getting a decision made in one's favour.

Five different types of donors are active in Russia. Supranational organisations such as the World Bank or UN-agencies assist development, for example, through loans or grants given to Russian institutions and organisations. Another form of Western support is undertaken with governmental money from organisations such as USAID or the European Union TACIS program. Traditionally, in such programs a high proportion of the money has remained in the supporting countries. A third group of donors are governmental-private organisations such as the Eurasia Foundation (US) or the British Westminster Foundation. The fourth category consists of private Western foundations, for example the Soros Open Society Institute, the Ford Foundation or the Carnegie Corporation. A fifth type of support, new to 2001, comes from private Russian foundations, for instance those set up by Berezovski and Potanin.

Western funding has been aimed at the development of democratic structures, parliamentary practices, independent media, policy-making institutes, and NGOs, the latter primarily through support for issue-related projects in the fields of human rights, civil society, education, health, and environment. These concerns have not, as of now, been subject to constraints imposed by the Russian authorities. But the changing political agenda, and nature of the policy-making community within Russia, has influenced the role played by donors. Western and Russian experts, funded by Western aid agencies and donors, played influential roles in setting the policy agenda in 1991/93. As of 2001, the agenda has changed, and a role for western experts is no longer considered appropriate. In 2001 responsibility for protecting human rights is increasingly seen as a government task, not one for NGOs, whether with or without western support. Western aid, in 2001, is much more heavily concentrated in the Russian regions, on local level projects, and on the development of long-term strategies for the future. Much less is spent on having an impact on policy at the centre.

NGOs, most of whose funding comes from Russian sources, are becoming more important for their part in putting issues on the policy agenda and creating public awareness. Among such examples are non-governmental initiatives for alternative service models. But often NGOs fail to get public or political attention, as is the case with many environmental organisations. Lack of support from the press as well as from the academic policy-research community further weakens their potential influence. Here again the impact of donor support to NGOs can only be measured in the long term.

Zusammenfassung: Daniela Stawinoga

1.3. Südosteuropa: Treiben Medien die Politik?

Referentin: Janine-Marie Calic

Dr. Marie-Janine Calic hat an der Universität München Ost- und Südosteuropäische Geschichte, Kommunikationswissenschaften und Slawistik studiert. Seit 1992 ist sie Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Westlicher Balkan der Stiftung für Wissenschaft und Politik, darüber hinaus seit 1999 *Political Advisor to the Special Coordinator for the Stability Pact for Southeastern Europe* in Brüssel.

Acht Thesen zum Umgang der Medien mit der Jugoslawienkrise

Die Medienberichterstattung hat sich seit 1991 in allen Teilen der Welt auf Kriegsereignisse konzentriert. Der Fokus ist auf Krieg und Gewalt gerichtet, dramatische Bilder bedingen eine große Emotionalisierung des Themas Krieg, vom Frieden ist weniger die Rede. Dass sich ein Krieg gut zur Darstellung in den Medien eignet, liegt daran, dass viele Botschaften und Geschichten, ein Kampf von Gut gegen Böse, individuelle Schicksale, und extremes Leid damit verknüpft werden. Sein Nachrichtenwert ist insbesondere in Europa hoch, wo Kriege in den letzten Jahrzehnten eher selten beziehungsweise abwesend waren. Erst Jugoslawien hat gezeigt, dass Gewalt in Europa immer noch gegenwärtig ist, aktuelle Deutungen erfolgen fast ausnahmslos über den Fokus Krieg.

1. Ein großer Teil der Medien in Ex-Jugoslawien ist seit 1991 selbst zur Kriegspartei geworden. Viele Autoren haben darauf hingewiesen, dass die Medien in der Region seit Ausbruch des Krieges nationalistische Agitation betrieben haben. Die Propaganda verfolgte einerseits das Ziel, die eigenen Kriegsziele zu legitimieren, andererseits kam ihr die Aufgabe zu, die jeweiligen Zielgruppen für den Konflikt zu motivieren. Daraus den Schluss zu ziehen, dass die Medien allein für den Krieg verantwortlich zu machen seien, wäre sicherlich falsch, denn Medien werden auch benutzt. Noch heute sind Feindbilder jeglicher Couleur in der ex-jugoslawischen Medienlandschaft präsent: Stereotype werden in bestimmte kulturspezifische Gewänder gekleidet, etwa in Serbien die Wahrnehmung der eigenen Bedrohung seit der Schlacht auf dem Amselfeld oder der Topos der islamischen Bedrohung, auf muslimischer Seite die Gefahr einer „Endlösung". Die Medienlandschaft war während des Krieges vom Fehlen vertrauenswürdiger Informationen und objektiver Darstellungen gekennzeichnet, bis heute gibt es trotz gegenteiliger Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft sehr wenige unabhängige Medien in Bosnien. Als die Nato im Kosovo-Krieg eine serbische Rundfunkstation bombardierte, um die allgegenwärtige Milošević-Propaganda zu unterbinden, sind die serbischen Medien selbst zum Angriffsziel geworden.

2. Die von den jugoslawischen Medien betriebene einseitige Darstellung der Ereignisse und Meinungspolarisierung hat sich auf die westliche Berichterstattung übertragen. Besonders 1991/92 und vor allem durch die deutsche Medienlandschaft sind die in Südosteuropa propagierten Darstellungsweisen sehr stark reflektiert worden. Die FAZ hatte damals geradezu ein Deutungsmonopol: Ihre Redakteure erreichten den Status von *opinion leaders*, die unter anderem im Auswärtigen Amt gehört und frequentiert worden sind. Die Kroaten sind zu der Zeit als westliche, gute

Mitteleuropäer dargestellt worden, Serbien dagegen als barbarischer Osten. Eine allmähliche Veränderung stellte sich erst ein, als sich ein bis zwei Jahre später eine neue Generation von Journalisten und Experten herangebildet hatte, die die Diskussion stark versachlichte und die Vorgänge in Ex-Jugoslawien differenziert darzustellen vermochte. Zum Zeitpunkt des Auseinanderfalls von Jugoslawien gab es kaum Experten für die Region. Bis heute sind Journalisten, die vor Ort arbeiten und somit Regionalkenntnisse mitbringen, häufig die besten Experten.

3. Unabhängig von der beschriebenen Übernahme bestimmter Topoi und Stereotypen erfüllen die Medien nachweisbar eine Agenda-Setting-Funktion - indem sie Themen aufgreifen und Politik beeinflussen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Rolle des investigativen Journalismus in der Frühphase des Krieges zu würdigen. 1992 gab es erste große Berichte über Gräueltaten und schwere Menschenrechtsverletzungen in Bosnien: Roy Gutman berichtete beispielsweise in *Newday* über Gefangenenlager in Nordbosnien, sein Bericht ging um die Welt. Bilder von zu Skeletten abgemagerten Menschen in den sogenannten Todes- oder Vergewaltigungslagern folgten, Journalisten berichteten vom Fall der Schutzzone in Srebrenica und deckten die Ermordung Tausender auf. Durch die anhaltende Berichterstattung über schwere Menschenrechtsverletzungen waren Staaten gezwungen, selbst einen Deutungswandel des Konfliktes vorzunehmen. Nicht allein aufgrund der humanitären Probleme, sondern weil ihre eigene Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wurde. Interessen wurden zu diesem Zeitpunkt stärker thematisiert als in der Frühphase des Konflikts.

4. Zumindest in einigen Bereichen haben Medien dazu beigetragen, Politikwechsel herbeizuführen: Bestimmte Schlüsselereignisse - die Bilder vom Granatanschlag auf dem Marktplatz von Sarajevo 1994 oder auch die Berichterstattung über angebliche Massaker in Kosovo, zum Beispiel in Racak Anfang 1999 – haben Militärinterventionen vorbereitet beziehungsweise ausgelöst. Weder bei Interventionen noch in der täglichen Politikformulierung dient die Medienberichterstattung jedoch als Hauptmotivation: Gerade die internationale Politik seit 1991 zeigt deutlich, dass für Handelnde auch immer eigene Interessenerwägungen auf der Agenda stehen. Für die deutsche Politik beinhalteten diese die Frage des Umgangs mit 370.000 Flüchtlingen, die 1992/93 nach Deutschland gekommen sind. Darüber hinaus spielten wirtschaftliche sowie Stabilitäts- und Werteinteressen eine Rolle.

5. Medien haben nicht nur selbst Agenda-Setting betrieben, sondern wurden auch zu Getriebenen. Der Einsatz im Kosovo musste einer skeptischen, wenn nicht gar ablehnenden Öffentlichkeit verkauft werden. Jamie Shea, damaliger Nato-Sprecher, hat in der Nato-Fachzeitschrift *Nato's Nations* (Nr. 1/2000) einen aufschlussreichen Aufsatz über die Medienkampagne der Allianz verfasst. Demnach ging es der Nato in ihren Verlautbarungen vor allem um die Rechtfertigung des Kosovokrieges gegenüber der Öffentlichkeit. Ihre Strategie bestand in der ständigen Wiederholung von zwei Argumenten: der moralischen Richtigkeit des Handelns, da man ja schließlich gegen einen Diktator vorginge, eine humanitäre Katastrophe vermeiden und ethnische Vertreibung verhindern müsse. Das zweite war die Erklärung von Entschlossenheit, dass man nicht aufgeben würde, bis das Ziel erreicht sei. Jamie Shea betonte, diese Botschaften sollten nicht nur durch offizielle Pressesprecher vorgetragen werden, sondern auch durch hohe Regierungsvertreter, da diesen ein hoher Aufmerksamkeitswert zukommt und die Reichweite ihrer Botschaft viel größer sei als

die eines bezahlten Sprechers. Schröder, Blair und Chirac wurden in diesem Zusammenhang ausdrücklich von Shea gelobt. Sheas Anliegen: „Besetze den Medienraum - und das weltweit“, also die ständige Wiederholung der Botschaft, setzte er in der Nato-Kampagne durch tägliche Pressekonferenzen morgens und nachmittags um. Darüber hinaus fanden jeweils mittags *briefings* des britischen Verteidigungsministeriums statt, die Amerikaner hielten ihre Pressekonferenzen nachmittags ab, was in Europa dem späten Abend entspricht. Damit wurde eine Welt geschaffen, in der niemand, der zu einer beliebigen Tageszeit den Fernseher einschaltet, der Nato-Botschaft entgehen konnte. „Hält man die Medien beschäftig und versorgt sie permanent mit Informationen“, so Shea, „sind die Journalisten weniger versucht, nach kritischen Geschichten zu spüren.“

6. Mit Hilfe der Medien hat die Nato quasi den „gerechten Krieg“ inszeniert. Die Botschaft, Krieg sei letztes Mittel der Politik nur nach Ausschöpfung aller diplomatischen Instrumente – man denke an die Rambouillet-Verhandlungen zu einer politischen Lösung im Kosovo – wurde permanent transportiert. In diesem Zusammenhang wurde eine starke Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Zielen vorgenommen, das Ziel der Intervention musste mögliche und unvermeidbare Kollateralschäden letztlich rechtfertigen. Die Nato hat in diesem Kontext Informationen gefiltert, die die Medien wiederum aufgegriffen und teilweise wissentlich, teilweise unwissentlich verbreitet haben. Der deutsche Verteidigungsminister hat beispielsweise mit dem sogenannten Hufeisenplan, einem angeblich langfristig angelegten Generalplan zur Vertreibung aller Albaner aus dem Kosovo, den Militärschlag der Nato gerechtfertig. Erst 2000 wurde bekannt, dass solch ein Plan überhaupt nicht existierte.

7. Die Darstellung des Krieges in den elektronischen Medien, vor allem im Fernsehen, ist entscheidend. Shea konstatierte, die Medienkampagne zu gewinnen sei ebenso wichtig wie ein Sieg der militärischen Kampagne, weil nur so die öffentliche Meinung zu beeinflussen und der Gegner von der eigenen Unnachgiebigkeit zu überzeugen sei. Bilder bestimmen die Deutung eines Konflikts, nur sie haben einen hohen Nachrichtenwert: „*no pictures, no news“*. Texte verfügen über eine weitaus geringere Glaubwürdigkeit, nicht zuletzt deshalb werden große Medienereignisse immer durch ein charakteristisches Foto (Gefangenenlager, Leichen in Racak) transportiert. Bilder legen bestimmte Tatbestände nahe, ohne dass sie vielleicht untersucht worden sind, und dienen zur Herstellung von Glaubwürdigkeit. Shea dazu: Erfolgreiche Interventionen könnten nicht durch die Medien betrieben werden, man dürfe sich von den Medien nicht aus der Ruhe bringen lassen. Leitartikel seien nur für Eliten bestimmt und der Vorteil des Fernsehens gegenüber Zeitungen sei der, dass in diesem konkreten Fall die Nato das Skript schreibe und Millionen zuhören beziehungsweise zuschauen würden. Das TV bliebe immer das Medium des Krieges und Zeitungen seien Medien für Friedensdebatten.

8. Was die Friedenspolitik beziehungsweise die Friedensstabilisierung betrifft, haben Investitionen oder Aktivitäten auf diesem Feld einen sehr geringen Nachrichtenwert, der Marktwert liegt bei Null: „*good news are no news*.“ Bei der Befassung mit Frieden gibt es keine dramatischen Geschichten, folglich keine Bilder.

So ist auch ein wesentliches Problem des Balkan-Stabilitätspaktes, Erfolge medienwirksam an die Öffentlichkeit zu bringen. Gelungen ist das beispielsweise als Jugoslawien Mitglied des Stabilitätspaktes wurde. Mittels eines Riesenschlüssels, der extra für die Fotoreporter angefertigt worden war, konnte das Ereignis medienwirksam inszeniert werden. Und was die Wissenschaft angeht: Wenn sich das Medieninteresse von einem Konfliktpunkt der Welt zum nächsten verlagert, ist diese gefordert, bei der Politik die Notwendigkeit einer weiteren Beschäftigung mit der Region anzumahnen.

Zusammenfassung: Katja Mielke

1.4. NGOs and Civil Society: Mehr als eine Mode?

Referentin: Marina Pavlova Sil'vanskaja

Marina Pavlova Sil´vanskaja ist Chefredakteurin der Vierteljahrshefte „Pro&Contra", die bei Moscow Carnegie Center herausgegeben wird. Die Expertin für russische Innenpolitik, besonders für zivilgesellschaftliche Organisation, studierte an der historischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität. Später arbeitete sie lange Zeit für die sowjetische Akademie der Wissenschaften. Ab Mitte der 70er Jahre war sie als Redakteurin der Zeitschrift „Probleme des Friedens" in Prag tätig.

NGO's - mehr als eine Mode?

Mode ist etwas, was Aufmerksamkeit erregt, sich aber schnell ändert, wieder vergeht oder sich wiederholt. Für die nichtstaatlichen Organisationen (NGO's) in Russland gab es Anfang der 90er Jahre eine Modewelle, an die sich zehn Jahre Stille anschlossen. Im letzten halben Jahr überschlugen sich die Ereignisse erneut. Darüber soll an dieser Stelle berichtet werden.

Idee des Bürgerforums

Ende November 2001 fand im Kreml unter der Bezeichnung „Bürgerforum" [Grazhdanski forum] ein bis dahin einmaliges Treffen von nichtstaatlichen Organisationen vom ganzen Lande, an dem der Präsidenten, der Premier, einigen Minister und andere wichtige Regierungsvertreter teilnahmen. Die Reaktionen der Presse darauf waren überwiegend negativ, ihre Einschätzung der Bedeutung des Ereignisses meistens oberflächlich. Die Idee zu einem solchen Forum kam von einer kleinen Gruppe von Intellektuellen, die schon länger mit der Macht zusammenarbeiteten – vor allen Dingen bei der Vorbereitung und Durchfuehrung von Wahlkampanien und deswegen oft Polittechnologen genannt wurden. Das Problem der Regierung bestand darin, dass sie zu liberalen Reformen bereit war, sich aber keine Adressaten fanden, die sie bei der Umsetzung unterstützten. Innerhalb der Bürokratie, die zum großen Teil noch aus der Sowjetzeit stammt, stießen Reformen auf Widerstand. Die Parteien und Medien waren politisch diskreditiert und konnten in der Bevölkerung nicht mit Vertrauen rechnen. Auf der Suche nach einer alternativen Stütze der Macht entdeckten die Politiker aud der Presidialadministration und vor allem die Polittechnologen eine neue einflussreiche Kraft: die zivilgesellschaftlichen Organisationen. Aus dieser Konstellation ergab sich ein erstes Treffen vom Praesidenten Putin und 28 ausgewählten NGO-Vertretern. Die echten und bekanntestan NGO's wie zum Beispiel Memorial wurdem aber zu diesem Treffen nicht eingeladen, was bei den „echten" NGO's zu heftigem Protest führte. Die Gemeinschaft der nichtstaatlichen Organisationen weigerte sich, als Transmissionsriemen der Regierungspolitik missbraucht zu werden. Dann passierte allerdings etwas außergewöhnliches: Vertreter der Präsidentenadministration kamen selbst auf die einflussreichsten NGO's, die ueber grosse Netzwerke im ganzen Lande verfuegen, zu und forderten sie auf, ihre Bedingungen für einen Dialog zu stellen. Das Bürgerforum wurde dementsprechend gestaltet: Weder vor noch auf dem Forum wurden Wahlen durchgeführt, die zur Etablierung einer dauerhaften Institution hätten führen können. Es fanden lediglich ein Gedankenaustausch und gleichberechtigte Verhandlungen mit der Regierung statt.

Intensiver Austausch mit Folgen

Das größte organisatorische Problem bestand darin, mit 5.000 Teilnehmern eine effektive und sinnvolle Debatte zu führen. Die Veranstaltung gliederte sich in drei Abschnitte. Zuerst nahmen alle an einer öffentlichen Diskussionen zu 21 Themenfeldern von der Gesundheitspolitik bis zur Ökologie teil, danach wurde in 50 Rundtischgesprächen detaillierter beraten und die Interessen der NGO's formuliert. Anschließend folgten Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung und der Präsidialadministration, bei denen Verfahren von Kooperation und Dialog zu unterschiedlichen Themen im Vordergrund standen. Insgesamt war die Arbeit des Forums sehr intensiv, die NGO's haben bewiesen, dass auch sie konstruktiv und diszipliniert arbeiten können.

Das Bürgerforum war ein Anstoß für die politische Macht, sich mit bisher vernachlässigten Thematiken zu befassen, beispielsweise der miserablen Situation von Behinderten, und in diesen Fragen NGO's zu konsultieren. Gleichzeitig bedeutet diese Öffnung für die nichtstaatlichen Organisationen die Gefahr, Opfer von Manipulation zu werden und damit ihre Vertrauensbasis bei der Bevölkerung zu verlieren. Das Vertrauen in die NGO's im Gegensatz zum Mißtrauen gegenüber Parteien und Medien, resultiert allein aus ihrer Nicht-Korrumpiertheit und ihrer Nähe zur Gesellschaft. Im Prinzip haben NGO's unabsichtlich die Funktionen von gesellschaftlicher Interessenvertretung, die sonst von parlamentarischen Parteien und Medien gewährleistet wird, übernommen. Das Parlament ist in Russland zum reinen Abstimmungsapparat verkommen, während die Medien oft politisch einseitig und unprofessionell berichten. Die Frage ist, wie es zu einer solchen Entwicklung innerhalb von einem Jahrzehnt gekommen ist.

Wandel in der Zivilgesellschaft

Früher wurde die russische Zivilgesellschaft vor allem durch einen halbreligiösen, moralischen Wertekanon und eine anti-staatliche beziehungsweise anti-etatistische Haltung geprägt. Dominierend waren zu dieser Zeit die Menschenrechtsorganisationen. Heute hat sich daraus eine breite Palette von Bürgerinitiativen entwickelt, die über formelle und informelle Kanäle versuchen, Politik zu beeinflussen. Wirtschaftliche Themen werden nicht mehr ausgeblendet, wofür die Stärke der Verbraucherverbände ein gutes Beispiel ist. Plötzlich tritt auch die nationale Wirtschaft neben ausländischen Stiftungen als Geldgeber auf.

Dieser Wandel ist das Ergebnis von 10 Jahren autonomer Organisation der Gesellschaft, durch die sich ein weitgespanntes Netzwerk von Initiativen herausgebildet hat. Aber auch die „Macht" hat sich verändert: Es giebt wichtige Gebiete, wo ihre Kraft nicht ausreicht um die notwendigen Reformen durchzufuehren es im Falle der Wohnungsreform deutlich wurde, andererseits ist sie auch vernünftig geworden. In diesem Zusammenhang kann man das Bürgerforum als Prozess der Selbstidentifizierung der Zivilgesellschaft sehen. Es stehen neue Begriffe wie Dialog und Verhandlung auf der Tagesordnung und es werden neue soziale Praktiken geschaffen. Beispielsweise treten NGO's immer öfter mit Stellungnahmen zu Missständen an die Öffentlichkeit, so dass die Machtorgane sich nicht mehr alles erlauben können. Es gibt auch Anzeichen dafür, dass die Konzepte aus dem Zentrum auch in den Regionen aufgenommen und umgesetzt werden.

Kompetenzen und Ressourcen

Trotz dieser positiven Entwicklungen im letzten halben Jahr bleibt der Eindruck, dass sich die Zivilgesellschaft etwas übernommen hat. Es ist gegenwärtig noch zu früh, die Folgen dieses rasanten Prozesses richtig abzuschätzen. In vielen Ministerien werden staatlich-gesellschaftliche Expertengremien eingerichtet. Für die nichtstaatlichen Organisationen stellt sich jetzt die Frage, ob sie über ausreichende Kompetenz und Ressourcen verfügen, um ihre Interessen angemessen zu vertreten. Ein Hauptproblem sind die personellen Ressourcen, da die Organisationen hauptsächlich auf Freiwilligen-Basis arbeiten.

Es hat eine starke Politisierung der Zivilgesellschaft stattgefunden, die sich nicht an traditionellen parteipolitischen Lagern orientiert, sondern ihre eigene politische Philosophie erst noch entwickeln muss. Ziel der nichtstaatlichen Organisationen ist es, nicht das Parlament und die Medien als gesellschaftliche Interessenvertretungen zu ersetzen, sondern neue Arbeitsformen zu finden. Eventuell muss eine ähnliche Veränderung wie bei der Grünen Partei in Deutschland durchgemacht werden, allerdings unter vollkommen anderen gesellschaftlichen Bedingungen.

Zusammenfassung: Anita Richter

1.5. Kultur und Stereotypen als Faktoren politischen Gestaltens

Referentin: Gesine Schwan

Prof. Dr. Gesine Schwan ist seit 1999 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Davor war sie am Otto-Suhr-Institut der FU tätig, ab 1971 als wissenschaftliche Assistentin, ab 1977 als Professorin. Neben ihrer wissenschaftlichen Forschungstätigkeit im In- und Ausland – u.a. 1980 als *Fellow* am *Woodrow Wilson International Center for Scholars* in Washington, 1984 als *Visiting Fellow* am *Robinson College Cambridge* sowie als Inhaberin einer Gastprofessur an der *New School for Social Research* in New York – ist Gesine Schwan Mitglied in der SPD-Grundwertekommission.

Voraussetzungen und Möglichkeiten politischen Gestaltens

Demokratische Politik kann in einer kulturell und systemisch komplexen, heterogenen Welt dann am besten gestalten, wenn Akteure auf den verschiedensten Ebenen über Mehrsprachigkeit und damit verbundene interkulturelle Kompetenz sowie über den Willen zur Verständigung verfügen, wenn Stereotypen im Sinne von empirisch unzugänglichen Negativzuschreibungen vermieden werden, wenn Empathie geübt und Flexibilität durch begründetes Vertrauen sowie durch Sozialkapital gestützt und gefördert wird.

Die Rahmenbedingungen der hier angestellten Betrachtungen bestehen in Form innerstaatlicher demokratischer Konstellationen und einer globalen, kulturell sehr heterogenen Welt. Am Anfang steht die Frage, ob politisches Gestalten überhaupt möglich ist. Über diese Frage entstand zwischen Niklas Luhmann und Fritz Scharf Ende der 1980er Jahre auf einer Tagung der Deutschen Vereinigung für Politologie eine Kontroverse, die hier kurz dargestellt werden soll.

Luhmann ist der Meinung, dass politisch nicht gestaltet werden kann. Der Versuch einer politischen Steuerung beinhaltet seiner Meinung nach zwei Probleme: die Gleichzeitigkeit von Ereignissen, die nicht alle bei der Steuerung berücksichtigt werden können, und die Differenz von Systemen. Die Systeme sind intransparent und nicht kompatibel. Die Gesellschaft beruht auf der Erhaltung der Differenzen und deshalb ist politisches Gestalten nicht möglich. Daraus folgt, dass die Welt in ihrer heutigen Komplexität zum Untergang verurteilt ist. Die Fremdheit von Systemen, das heißt ihre Differenz, verhindert eine Verständigung zwischen den Systemen. Scharpf ist im Gegensatz zu Luhmann der Ansicht, dass man politisch gestalten kann. Allerdings formuliert er eine Bedingung, die dafür erfüllt sein muß: Organisationen brauchen multilinguale Kommunikationskompetenz. Dafür führt er als Beispiel ein privates Krankenhaus an, in dem die beiden Subsysteme Gesundheit und Wirtschaft nur über multilinguale Kommunikationskompetenz interagieren. Allerdings weiß man nie genau, ob sich die Systeme verstehen, denn bei einer Pleite des privaten Krankenhauses können auch andere Gründe, zum Beispiel die Umwelt, eine Rolle gespielt haben.

Als Schlussfolgerung aus dieser Diskussion können zwei Bedingungen für Gestalten formuliert werden. Politisches Gestalten ist nur möglich, wenn multilinguale Kommunikationskompetenz vorhanden ist und wenn die Aktivität von Akteuren nicht in Systemzwängen beziehungsweise Systemkomplexität untergeht. Zentral für gegenseitiges Verstehen ist hierbei die Mehrsprachigkeit. Verstehen setzt gemeinsame

Sinndeutung voraus. Es müssen gemeinsame Werte und Gefühle über verschiedene historische Epochen, Regionen, über verschiedene Kulturen und verschiedene soziale Schichten hinweg existieren. Wenn wir politisch gestalten wollen, müssen wir annehmen, dass es diese Gemeinsamkeiten gibt. Außerdem ist die intentionale Einstellung, das heißt der Wille zur Verständigung, sehr wichtig.

Die multilinguale Kommunikationskompetenz als zentrale Bedingung für politisches Gestalten beinhaltet Mehrsprachigkeit im Sinne von Fremdsprachenkenntnissen und der Kenntnis und des Verstehens von Sinn und Kulturgefüge, die in Sprache enthalten sind, der unterschiedlichen Erfahrungen und kulturellen Prägungen verschiedener Lebensbereiche. Wenn wir gestalten wollen in einer differenzierten Gesellschaft unter den Bedingungen der Globalität der Welt, müssen wir eine gemeinsame Wirklichkeitswahrnehmung haben und die Logiken des Handelns verstehen. Hierfür ist Kultur unverzichtbar. Als Beispiel für allgemeine kulturelle Bedingungen politischen Gestaltens kann ein Vergleich zwischen Deutschland und Polen in Bezug auf das Verhältnis der Gesellschaft zum Staat angeführt werden. In Polen existiert ein allgemeines Misstrauen gegenüber dem Staat, das ursächlich in der Geschichte des Landes wurzelt. Dieses Misstrauen und die Widerstandstradition stellen heute ein Problem für die politischen Akteure dar, zum Beispiel beim Aufbau einer kooperativen Zivilgesellschaft. Im Gegensatz dazu wird in Deutschland der Staat sehr ernst genommen. Möglichst alles wird gesetzlich geregelt und nur wenig wird der Spontaneität der Zivilgesellschaft überlassen.

Das Thema des Vortrages bezieht sich außer auf Kultur als Faktor politischen Gestaltens auch auf Stereotypen. Stereotypen haben eine ambivalente Bedeutung. Sie rufen einerseits eine negative Assoziation hervor, da sie als gleichbleibend, verschlossen gegenüber Erneuerung und vorurteilshaft empfunden werden. Andererseits haben Stereotypen meist auch einen wahren Kern. Sie kristallisieren wiederkehrende Kernmerkmale heraus, sind somit induktiv gewonnene Kategorien und Begriffe, ohne die die Wirklichkeit nicht verstanden werden kann. Aber wodurch unterscheiden sich Stereotypen als erkenntnisverschlossene, wirklichkeitsverzerrende Vorurteile von unverzichtbaren, erkenntnisleitenden Begriffen und Kategorien? Stereotypen als Vorurteile beinhalten ein Negativverständnis des Bezeichneten und eine wertende Rückbezogenheit auf das eigene Selbstverständnis. Der Anti-Amerikanismus mit seiner langen Tradition in der Vorurteilsforschung kann hierfür als Beispiel dienen. Einerseits kann eine generalisierende Ablehnung der USA mit gleichzeitiger Aufwertung der europäischen Kultur formuliert werden. Andererseits kann man berechtigte Kritik an der Politik einer US-Regierung üben. Die erste Möglichkeit ist einer Revision gegenüber verschlossen. Sie wäre außerdem mit einer Revision der eigenen Selbsteinschätzung verbunden, das heißt mit einer Abwertung der europäischen Kultur. Die zweite Möglichkeit ist offen für eine empirisch begründete Revision. Als Schlussfolgerung aus dieser Diskussion kann gesagt werden, dass Stereotypen im Vorurteilssinn die Wahrnehmung der Wirklichkeit verzerren und einer auf gewaltfreie Verständigung ausgerichteten Verständigung entgegen stehen. Stereotypen können demzufolge nicht positiv als Unterstützung der Zielerreichung im politischen Gestalten eingesetzt werden. Trotzdem muss man mit ihnen bei politischen Akteuren und in den zur Rede stehenden Gesellschaften rechnen.

Der Faktor Kultur kann auf zweierlei Weise in das politische Gestalten einbezogen werden: kognitiv und emotional. Bei der kognitiven Weise geht es um die Kenntnis verschiedener Kulturen als Bedingung für ein offenes, wirklichkeitsnahes Verständnis

und Sinndeutung. Mit emotional ist vor allem das Aufbringen von Empathie gemeint. Durch Einfühlungsvermögen, Takt und Aufmerksamkeit für den anderen erhält man einen besseren Zugang zum Fremden als auf eine rein kognitive Art und Weise. Hierbei ist es wichtig, Macht nicht als Gegenmacht, sondern im Sinne von Hannah Arendt als Dialog und als auf Konsens gestützte Zusammenführung von unterschiedlichen Positionen zu verstehen. Voraussetzung hierfür ist ein Sinn für Gerechtigkeit im Sinne von Respekt für die Positionen und das Selbstwertgefühl der anderen.

Welche Bedeutung haben die bisherigen Ausführungen für das politische Gestalten als Demokratisierung beziehungsweise demokratische Politik? Seit der Antike besteht die theoretische Tradition eines engen Zusammenhangs zwischen politischen Regimen und fixierten Verhaltensregeln des Staates einerseits und den subjektiven Wertorientierungen der Menschen andererseits. Bereits Aristoteles erkannte, warum moderate Regierungsformen vor allem in mittelständischen Gesellschaften möglich sind. In einer moderaten Regierungsform (Aristoteles sprach noch nicht von Demokratie) wird von den Menschen erwartet, dass sie sowohl befehlen als auch gehorchen können. Die Disposition zu befehlen, ohne übermäßig zu werden, und zu gehorchen, ohne unterwürfig zu werden, ist einfacher in einer gemäßigten Wohlstandsgesellschaft zu entwickeln, da hier die notwendige materielle und psychische Basis dafür gegeben ist.

Die Erfahrung zeigt, dass Institutionen allein nicht ausreichen, da sie unterlaufen werden können. Eine zentrale Rolle spielt die subjektive Seite. Eine intrinsisch motivierte demokratische politische Kultur begünstigt Stabilität und Regelungskonformität. Es ist naiv, sich die politische Kultur als homogen vorzustellen. Auch in Regimen mit langer demokratischer Tradition existieren immer undemokratische beziehungsweise antidemokratische Potentiale. Deshalb ist die Pflege der demokratischen Kultur eine andauernde Aufgabe. Für die demokratische Kultur sind bestimmte psychische Dispositionen zentral. Dazu gehören Grundvertrauen in sich selbst und in andere, ein solides Selbstwertgefühl und Offenheit. Vertrauen ist sogar eine notwendige Voraussetzung von Demokratie, da Demokratie als Regierungsform auf freiwilliger Kooperation beruht. Dies gilt insbesondere für Zeiten der Reform, in denen Blockaden überwunden werden müssen. In der Kooperation findet gegenseitige Kontrolle statt, dadurch wird das Vertrauen noch gestärkt.

Vertrauen ist jedoch mehr als kontrollierbare Verlässlichkeit, es setzt auch einen Gerechtigkeitssinn voraus. Und sei es wie bei Toqueville's „wohl verstandenem eigenem Interesse", dem zufolge man in langen Zeiträumen denken muss, weil man nie weiß, wann es einem selbst schlecht gehen wird und man auf die anderen und ihre Kooperationsbereitschaft angewiesen sein wird. Je stärker das Vertrauen innerhalb einer Gesellschaft ist, um so reformfähiger ist die Gesellschaft. Vertrauen profitiert von den Coserschen, auf Simmel zurückgehenden sog. Überkreuzloyalitäten. Sie entstehen, wenn wir in einer Gesellschaft mehreren, auch gegensätzlichen Gruppen angehören. Dadurch entstehen in uns Interessen- beziehungsweise Loyalitätsbindungen, die die Gesellschaft über verschiedene Gruppen hinweg zusammenhalten.

Die Schwierigkeit, in Deutschland Reformen durchzuführen, führt zur Versuchung, durch den Abbau von institutionellen *checks and balances* eine Reform von oben zu ermöglichen. Diese Versuchung und die unfruchtbare Konfrontation zwischen Flexibilisierern und Beharrern sind auf einen erheblichen Mangel an Vertrauen in der Gesellschaft zurückzuführen. Oft wird Kritik an der deutschen Politik geäußert. Es wird

kritisiert, dass es zu viel Konsens und zu wenig Konflikte gibt. Je weniger Vertrauen in einer Gesellschaft herrscht, desto größer ist die Scheu, Konflikte einzugehen, da deren Folgen unvorhersehbar und destruktiv sind. Risiken lassen sich verkraften, wenn klar ist, dass zwischen den kontrahierenden Eliten und in der ganzen Gesellschaft eine tief verankerte Fairness und Solidarität herrschen.

Auch in der Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen nimmt Vertrauen einen zentralen Platz ein. Die Potentiale an gegenseitigen ökonomischen oder politischen Blockaden und an dem daraus folgenden Ressentiment bei der Erweiterung der Europäischen Union können am ehesten in Kooperation und Komplementarität verwandelt werden, wenn sich zwischen beiden Ländern über ein Netz von Vertrauensträgern und daraus resultierender institutionalisierter Kooperation ein immer größerer Schatz an Sozialkapital ansammelt.

Zusammenfassung: Juliane Sulanke

2 Politikgestaltung im frühen 21. Jahrhundert

2.1. Vom Gestalten und Ertragen

Referent: Hans-Ulrich Klose

Hans-Ulrich Klose wurde 1937 in Breslau geboren, studierte Rechtswissenschaft in Freiburg und Hamburg. 1964 trat er in der SPD bei. Von 1974-81 war er Erster Bürgermeister der Freien Hansestadt Hamburg. Seit 1983 ist er Mitglied des Bundestages. Von 1994-98 war er Vizepräsident des Deutschen Bundestages, seit 1998 ist er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

Gesamtkonzepte – eine Reflexion

Politiker sind heute immer weniger an Gesamtkonzepten interessiert, dagegen umso mehr an wohl überlegten, praktisch-politischen Schritten. Den Amerikanern zum Beispiel ist schon der Begriff „Gesamtkonzept" völlig unbekannt. Sie sind es gewohnt, pragmatisch vorzugehen. „Overall concept" wäre eine entsprechende Übersetzung des Begriffes „Gesamtkonzept". Wo wir von „Gesamtkonzept" sprechen, würden U.S.-Amerikaner eher das Wort „strategy" benutzen, was aber nicht das selbe bedeutet, denn „strategy" zielt auf „Handlung" ab.

Ziel der Politik heute ist es, Deutschland auf anständige, den Menschen nützliche und unseren Nachbarn angenehme Weise stabil zu halten, und damit einen Beitrag zu mehr internationaler Stabilität zu leisten. Hinter dieser Zielbeschreibung verbirgt sich eine Fülle von außenpolitischer Arbeit, doch welcher der beiden Begriffe „Gestalten" und „Ertragen" ist für diese prioritär? Eine schnelle Antwort könnte lauten: Für den Politiker steht der Begriff des Gestaltens im Vordergrund, für das Volk kommt es dagegen eher aufs Ertragen an. Diese Antwort ist nicht falsch, aber sie ist zumindest undifferenziert. Zum einen, weil sich Politiker vielfach nicht durch Gestaltung beweisen, sondern durch Zurückhaltung, im Ertragen, dass sie nicht gestalten, sondern vielfach nur erklären können, was ohne ihr Zutun geschieht. Zum anderen, weil das Volk in demokratischen Gesellschaften an beidem Anteil hat, denn die Zeiten, in denen die Politik allein Sache der staatlichen Akteure war, sind längst vorüber.

Zur Rolle der NGO's

Heute finden sich in der Politik – auch in der Außenpolitik – nicht nur Politiker, öffentliche Bedienstete und Diplomaten, sondern neben den Parteien auch Verbände, Kirchen und Gewerkschaften, wissenschaftliche Institute, Bürgerinitiativen und sonstige *one-issue* - Organisationen, die als „Nicht-Regierungsorganisationen" anerkannte Politikpartner sind. Die Bedeutung der NGO's wird bisweilen überschätzt, nicht zuletzt durch sie selbst. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass ihre Bedeutung über die Jahre zugenommen hat, während zugleich nationale Regierungen an Kompetenz verloren haben, und sich bisweilen in die Rolle von Moderatoren verwiesen sehen, deren Aufgabe es ist, einen Rahmen festzulegen, als Ratgeber und Finanzier zu

fungieren und die Ergebnisse nichtstaatlichen Handelns zu ratifizieren. Wissenschaftler nennen dies Vergesellschaftung der Politik.

Heute sind NGO's aus der internationalen Politik nicht mehr wegzudenken, durch ihre Tätigkeit hat Politik eine ungewohnte Öffentlichkeit und Transparenz gewonnen. Sie können unstreitig auf Erfolge verweisen, wie zum Beispiel die Greenpeace-Aktionen im Umweltbereich. Die öffentliche Meinung in Demokratien traut NGO's in der Regel mehr zu als den klassisch politischen Akteuren, die nicht rigoros, sondern kompromissfähig und –bereit argumentieren müssen. An dieser Stelle setzt die Kritik an den NGO's an. Dass sie sich in der Rolle einer *pressure group* sehen, hat eine gewisse Logik, dass sie sich aber bisweilen zu Hütern der Moral aufwerten und zu Anklägern gegenüber demokratisch legitimierter Politik, macht es schwer, sie als uneingeschränkte Partner zu sehen. Politik darf nicht akzeptieren, dass NGO's über die Lobby und Konsultativfunktion hinaus Entscheidungskompetenz für sich beanspruchen. „Mitregierer von oben" dürfen sie nicht sein: Zum einen, weil demokratische Pluralität Wahrheit nur im Plural ertragen kann (die eine richtige Entscheidung gibt es in der Politik nicht); zum anderen, weil das Gebot der demokratischen Legitimation nicht durch das Postulat der höheren Moral in Frage gestellt werden darf.

Globalisierung als unumkehrbarer Prozess

Die Moderne versteht Geschichte als Abfolge von Handlungen, die sich in einen „Prozess" verwandeln, der sich dem Handelnden entzieht und nur noch ertragen und durchlitten werden kann. Zu den entscheidenden Entwicklungen unserer Zeit, die zweifellos prozesshaften Charakter haben, gehört die Globalisierung. Zwar ist auch die Globalisierung auf politischen Entscheidungen und politisches Handeln zurückzuführen, doch scheint sie zugleich von Kräften vorangetrieben, die ein Eigenleben führen, eigene Dynamik besitzen und nicht nur eine neue Art von Politik widerspiegeln. Die Globalisierung vollzieht sich anonym. Auch wenn es „Akteure der Globalisierung" gibt, kann der Prozess niemandem im ganzen zugerechnet werden. Da es sich um einen prozesshaften Vorgang handelt, wäre es töricht, sie verhindern oder rückgängig machen zu wollen. Es handelt sich bei der Globalisierung um einen Vorgang von existenzieller Bedeutung, der weit über das Ökonomische hinaus Rückwirkungen auf sämtliche politische Gesellschaften und kulturellen Verhältnisse hat. So wenig einerseits die Globalisierung als ganzes beherrschbar ist, muss sie andererseits gestaltet und insbesondere in ihren Folgen und Nebenwirkungen kontrolliert, gemildert und kanalisiert werden. Das Paradoxe der Globalisierung scheint darin zu liegen, dass es sich einerseits um ein „Geschehen" handelt, das erlitten und ertragen werden muss, anderseits um einen Vorgang, der für das Handeln völlig neue und ungeahnte Möglichkeiten erschließt.

Nie zuvor ist soviel Aktivität und menschliche Energie freigesetzt worden, hat es so viele Chancen gegeben, sich zu entfalten, etwas anzufangen, ins Werk zu setzen und daran zu verdienen. Globalisierung scheint geradezu identisch mit der ins Unendliche gesteigerten Möglichkeit, (fast) alles zu machen und zu tun. Vorherrschend ist ein neues „Könnensbewusstsein".

Die Politik bewegt sich in diesem Spannungsfeld - der Erkenntnis, dass es Dinge gibt – Prozesse – die sich dem Zugriff des Handelns entziehen, also ertragen werden müssen, und solche, wo Gestalten nicht nur möglich, sondern unerlässlich ist. Das eine vom

anderen zu unterscheiden, liegt in der Klugheit der Politik, die lernen muss zu ertragen, was nicht zu ändern ist, ohne der Versuchung nachzugeben, hinzunehmen, was nicht zu ertragen ist.

Ein Wort zur deutschen Außenpolitik

Ertragen werden muss in der Politik nicht, handeln zu können, sondern auch, handeln zu müssen. Der Gewöhnungsprozess, den Deutschland nach der Wiedererlangung seiner vollen Souveränität derzeit durchläuft, vollzieht sich als *learning by doing*. Erlernt werden muss in der gegenwärtigen Situation beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus, dass erstens die Bedrohung durch Nichthandeln nicht kleiner wird. Und zweitens, dass Handeln Handlungskosten verursacht, die in der Natur der Sache liegen. Niemand, der handelt, weiß, ob er das Richtige tut, denn die Folgen werden erst im Nachhinein erkennbar sein.

Deutsche Außenpolitik sieht sich heute vor allem mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass politische Aktionen, die notwendig und durchführbar wären, gleichwohl unterbleiben, weil die (finanziellen) Mittel fehlen. Wir könnten, müssten etwas tun, um die sozialen, ökonomischen Konflikte der Dritten Welt zu mindern, um präventiv-gestaltend Krisenmanagement auf dem Balkan zu betreiben, aber es fehlt uns das Geld. Die Lage ist unerfreulich und schwierig: ein Dilemma!

Die für die Politikgestaltung zur Verfügung stehenden Mittel steigen nicht, sie sinken relativ und absolut. Mit weniger Mitteln aber mehr tun – wie soll das gehen?
Dreierlei müssen wir uns klarmachen:

- Deutsche Außenpolitik muss kooperativ angelegt sein: auf europäischer und atlantischer Ebene.
- Deutsche Außenpolitik darf sich trotz aller Bereitschaft, größere Verantwortung zu übernehmen, nicht überheben. Wir sind – wie Frankreich oder Großbritannien – eine europäische Mittelmacht, nicht aber *global player*. *Global player* sind die Europäer vielleicht im europäischen Verbund der EU. Eine Weltmacht á la USA sind wir nicht.
- Wir werden es ertragen müssen, dass es Probleme gibt, die wir – obwohl sie dringend und bedrückend sind – nicht lösen können.

Drei abschließende Anmerkungen...

1. Das Parlament anerkennt in der Außenpolitik die Prärogative der Regierung. Das Parlament ist in bestimmten Fragen, zum Beispiel bei Militäreinsätzen, Entscheider beziehungsweise Mitentscheider. Die Gestaltung der Außenpolitik liegt ansonsten aber bei der Regierung. Ein Parlamentarier, der im Bereich der Außen– und Sicherheitspolitik tätig ist, muss viel reisen und lesen, um selbstständig urteilen zu können. Das alles wird ihm in seinem Wahlkreis eher angekreidet als angerechnet.
2. Der Einfluss der wissenschaftlichen *communities* ist bei uns nicht so groß wie in den USA, wo es einen ständigen Personalaustausch zwischen Regierung, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien gibt. Das fördert die wechselseitige Gesprächsbereitschaft und Beratungswirksamkeit. Begünstigt durch den Umzug der wichtigen *think tanks* (Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsche

Gesellschaft für Auswärtige Politik etc.) entwickeln sich die Dinge auch langsam bei uns in diese Richtung.

3. Die letzte Bemerkung gilt den Medien. Demokratien haben vielleicht weniger Schwierigkeiten mit dem Handeln als mit der öffentlichen Reaktion, die durch das Handeln bzw. die Darstellung dieses Handelns in den Medien ausgelöst wird. Im Grunde kann man daraus nur den Schluss ziehen, dass, wer handeln möchte oder muss, vor allem das Ertragen im Auge behalten sollte. Er muss über die richtige Informationspolitik gestaltend auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen, was nicht unproblematisch ist. Wer aber diesen Aspekt des Handelns missachtet, wird sich alsbald in seinen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt sehen. Gute Politik muss deshalb beide Aspekte - den der Gestaltung und den des Ertragens - im Auge behalten.

Zusammenfassung: Agata Organista

2.2. Außenpolitik

Referent: Karl Lamers

Karl Lamers ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik und außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Darüber hinaus arbeitet er als Obmann des Auswärtigen Ausschusses. Nach einem Studium der Rechts- und Politikwissenschaften in Bonn und Köln leitete er zunächst eine politische Akademie und war als stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Rheinland aktiv. Seit 1980 ist Karl Lamers Mitglied des Bundestages.

Zum Verhältnis von Medien und Außenpolitik

Die Verbreitung von Informations- und Kommunikationsmedien bildet eine Grundbedingung deutscher und europäischer Politik, sie steht in engem Zusammenhang mit den Globalisierungsprozessen. Deutschland ist aufgrund der Verflechtung in globale wie regionale Institutionen, so zum Beispiel die WTO, die NATO oder die EU, kein autonomer Akteur auf außenpolitischem Parkett, die Gestaltung deutscher Außenpolitik hängt unmittelbar mit dieser Eingebundenheit zusammen. Dabei ist zu beachten, dass in der Europäischen Union Außen- und Innenpolitik nicht mehr klar voneinander abgrenzbar sind. Außenpolitische Verpflichtungen wie der Stabilitätspakt wirken sich unmittelbar auf die Innenpolitik aus. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion beschränkt die autonome Entscheidungsfreiheit der Bundesrepublik in erheblichem Maße.

In ähnlicher Weise verhält es sich in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die CDU/CSU-Fraktion und der Deutsche Bundestag mussten sich für die Zustimmung zum Mazedonien-Einsatz entscheiden. Die BRD und andere Länder können solche Schritte nie alleine unternehmen, sondern nur in einer Koalition wie der NATO oder der EU. Als deren Entscheidungsgremien einen Einsatz beschlossen, musste die Bundesregierung um die Zustimmung des Parlaments bitten. Welche Alternative bot sich dem Bundestag? Entweder er bejaht den Einsatz deutscher Soldaten oder er richtet großen außenpolitischen Schaden an. Die Entscheidungsfreiheit ist somit minimal, fast nicht gegeben gewesen. Ein „Nein“ wäre nicht verantwortbar gewesen, allein schon, weil es sich gegen den europäischen Einigungsprozess gerichtet hätte.

Die rasante Ausbreitung von Massenkommunikationsmitteln hat das Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Politik verändert, im positiven wie negativen Sinne. Potentiell wissen wir heute von allem, was sich irgendwo auf unserem Globus abspielt. Da ist auch schon das erste Problem: Wer entscheidet denn, was wir wissen und nicht wissen? Als die Konflikte auf dem Balkan ihren Höhepunkt erreichten, gab es auch eine grässliche Krise in Schwarzafrika – in Ruanda und Burundi. Dort starben weitaus mehr Menschen als im Kosovo-Konflikt. Es fand aber nicht annähernd soviel Widerhall in den Medien wie der Kosovo-Konflikt. Was ist, wenn es nur eine Quelle gibt, aus der die Informationen über einen Konflikt stammen? Wir alle sind uns heute bewusst, dass „die Wahrheit“ ein schwieriges Ding ist. Es kommt auf verschiedene Perspektiven und Gesichtswinkel an. Wenn es nur eine Quelle über einen Konflikt gibt, dann gibt es auch nur eine Sicht und eine Wahrheit. Eine Wahrheit allein gibt es aber nicht. Wer entscheidet, wer verfügt über diese eine Sicht?

Politische Akteure und Medien sind voneinander abhängig. Wer gebraucht wen? Wer missbraucht wen? Politiker müssen mit dem Fernsehen umgehen können, um der Öffentlichkeit ihre Standpunkte zu vermitteln. In diesem Zusammenhang von „Manipulation“ zu sprechen, bringt niemanden weiter, denn was bleibt den Politikern anderes übrig, als die Medien auch ihrerseits für ihre Zwecke zu nutzen?

Der Vorteil der Medien besteht darin, dass sie unsere Werte, Demokratie und Menschenrechte, in die Welt verbreiten. Sie sorgen für zunehmende Transparenz und üben eine Kontrollfunktion aus. Jedoch muss man hier wieder einschränken, bedankt man die „Fernsehkommunikation“ zwischen West- und Ostdeutschen, die trotz ihrer Dichte und der intensiven Teilnahme am westdeutschen Fernsehen gezeigt hat, dass die Vorstellungen von Westdeutschland in Dresden und Magdeburg in einer fatalen Weise falsch waren. Gibt also die vermittelte, die mediatisierte Wirklichkeit in einem ausreichenden Maße ein einigermaßen zutreffendes Bild von der Wirklichkeit wieder? Ist sie nicht eine Perspektive, die eher verzerrt als dass sie aufhellt?

Die Verbreitung demokratischer Wertvorstellungen übt natürlich Druck auf nicht-demokratische Führungen aus und verbreitert die Informationsmöglichkeiten. Es spricht für diese Vorteile, dass manche Führer in nicht-demokratischen Staaten genau das fürchten. China und Singapur versuchten beispielsweise, diese Transparenz zu unterbinden und die intensive Nutzung des Internets in ihrem Lande zu verhindern. Das zeigt, dass die supranationale Wirklichkeit, von der wir alle reden, das Territorialprinzip von Macht unterhöhlen. Auf dem Nationalstaat als Lebensform basiert aber noch die gesamte politische Ordnung weltweit, die aber mit der inneren Zustimmung der Menschen zur politischen Ordnung zusammenhängt. Eine Schwächung dieser Ordnung bedeutet erhebliche Konsequenzen für die politische Stabilität.

Ein weiterer Vorteil ist, dass bestimmte moderne oder demokratische Kräfte in repressiven Staaten Ort und Möglichkeit für einen effektiven Informationsaustauschs finden. Kritische, problematische, für die Regierung schwierige Themen werden in viel umfassenderem Maße als noch vor wenigen Jahrzehnten bekannt und zum Problem für die politische Führung. Das bekannteste Beispiel ist wahrscheinlich der Vietnam-Krieg. Die amerikanische Öffentlichkeit und die Informationen, die sie bekommen hat, haben schließlich zu einer Beendigung der amerikanischen Intervention geführt. Eine Ausdehnung des Krieges sowie eine Steigerung der Kriegsmittel ist dadurch nicht mehr möglich gewesen.

Aber die weltweite Verbreitung von Massenkommunikationsmitteln führt nicht unbedingt zu einer besseren Information, unter anderem aufgrund der unangemessenen Art und Länge der Darstellung. Das führt zu Verflachung und Verschlechterung. Richtig ist: Wahr ist, was wahrgenommen wird. Vielfach überlagern schockierende Bilder wichtige Fakten und Informationen.

Die Intervention in Somalia wurde von CNN begleitet, von der Landung bis zum Schleifen der toten amerikanischen Soldaten durch Mogadischu. Danach ist die amerikanische Regierung nicht mehr frei gewesen. Nach diesen Bildern gab es einen Aufschrei in der amerikanischen Öffentlichkeit und die Regierung war gezwungen dieses Projekt zu streichen. Als Gegenbeispiel soll hier die Operation „Wüstenfuchs“, der zweite Golfkrieg, dienen. Was haben wir eigentlich dort gesehen – grüne Pünktchen, ein Geflimmer wie in einem „Star Wars“-Streifen. Was geschah, wie viele Menschen dadurch getötet wurden, wie viel unschuldige Zivilisten, haben wir nicht

gesehen. Die Amerikaner hatten gelernt. Übrigens gilt das auch für den Afghanistan-Krieg. Es gibt keine Zahlen über Tote, keine Bilder von den Bombardierungen – bestenfalls Fotos von Flugzeugen aus der Ferne. Das ist wichtig zu sehen. Das erste Opfer jedes beliebigen Krieges ist stets die Wahrheit. Heute kommt es darauf an, die Medien so zu gestalten oder nur so wenig Einblick nehmen zu lassen wie es nötig ist, um seine eigenen Standpunkte medial aufbereiten zu lassen. Die Bundestagsdiskussion über den NATO-Einsatz im Kosovo ist ein besonders deutliches und negatives Beispiel dafür. Eine besondere Gefahr liegt in der Emotionalisierung des Krieges durch die Regierung, denn nicht durch Bilder erzeugte Emotionen, sondern Nüchternheit, Kühle und ein klarer Kopf sind in einer Kriegssituation gefragt. Was hätte der 11. September Usama Bin Laden „gebracht“, wenn es nicht CNN gegeben hätte, mit den Bildern von den in die Türme stürzenden Flugzeugen? Die Wirkung dieses Anschlags wäre ohne das Fernsehen und die sofortige und ständige Übertragung in alle Welt kaum mit seiner tatsächlichen Wirkung vergleichbar gewesen. Das gleiche trifft für die Videobotschaften von Usama Bin Laden zu, die vor allem in der islamischen Welt von großer Bedeutung sind.

Zusammenfassung: Sebastian Nagel

2.3. Wissenschaft-Medien-Politik: (Ir)rationale Politikgestaltung in einer komplexen Realität

Referent: Richard von Weizsäcker

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident a.D., hat 1955 in Göttingen im Fach Rechtswissenschaften promoviert. Nach seinem Eintritt in die CDU bekleidete er mehrere öffentliche Ämter, unter anderen von 1964-1970 das des Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Ab 1966 ist von Weizsäcker Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, von 1969-1981 Mitglied des Bundestages. Als erster Regierender Bürgermeister von West-Berlin reiste er 1983 in die DDR. Den Staatsbesuch in Polen im Mai 1990 bezeichnet er als wichtigste Reise in seiner Amtszeit als Bundespräsident von 1984-1994.

Arbeitserfahrungen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Medien und Politik

Richard von Weizsäcker berichtete von persönlichen Erfahrungen seiner politischen Tätigkeit als Regierender Bürgermeister von Berlin-West und als Bundespräsident. Die zentralen Punkte seines Vortrags werden im Folgenden kurz zusammengefasst:

Politik
Die Bundesrepublik Deutschland bemühte sich in den ersten zwei Jahrzehnten ihrer Existenz um Anschluss an die demokratischen Staaten in Westeuropa und Nordamerika. Die Aufnahme in das Atlantische Bündnis und die Gründung der Europäischen Gemeinschaft stellten wichtige Meilensteine im Zuge der Westbindung der Bundesrepublik dar. Die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn prägten vor allem die ‚Hallsteindoktrin' sowie die Hoffnung einzelner Bevölkerungsgruppen auf einen künftigen Friedensvertrag.

Wissenschaft
Die noch junge Politikwissenschaft probierte sich zur selben Zeit an aktueller Politikanalyse und Politikberatung, unter anderen Richard Löwenthal an der Freien Universität. Die Stiftung Wissenschaft und Politik wurde nach dem Vorbild der amerikanischen *RAND Corporation* gegründet. Ihre Zielsetzung in der außenpolitischen Beratung geriet bald in Konflikt mit den jeweiligen Exekutiven sowie den klassischen politikwissenschaftlichen Vorstellungen der Universitäten. Während es in den U.S.A. eine stetige, lebendige Auseinandersetzung zwischen den politischen Maximen der Administration und Vertretern der Wissenschaft gibt, hat Deutschland hier ein Defizit. Zudem beinhaltet die deutsche Parteiendemokratie eine gewisse Kurzfristigkeit: Parteien instrumentalisieren Probleme, um über diese an die Macht zu gelangen.

Medien
Aufgrund der mehrheitlich privatwirtschaftlichen Gewinnorientierung der Medien wird Politik zur Unterhaltung (‚Berlusconisierung' der Politik). Ein Grundproblem unserer Zeit besteht in der mangelnden Kooperation zwischen Medien und Politik. Es ist notwendig, jedoch wenig realistisch, sich in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Medien und Politik über Prioritäten zu verständigen.

Zusammenfassung Sebastian Nagel, Katja Mielke

2.4. Von den Tiefen und Untiefen der Landespolitik – Erzählungen aus Berlin

Referentin: Monika Grütters

Monika Grütters, Vorstandssprecherin der Stiftung Brandenburger Tor und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU, ist Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und wissenschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Berliner Landesparlament. Ihre Laufbahn begann sie nach dem Studium der Germanistik, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft mit Öffentlichkeitsarbeit für verschiedene Institutionen. Später wechselte sie als Pressesprecherin der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung in die Berliner Landespolitik.

Erzählungen aus Berlin

Der vorliegende Beitrag soll erstens einen Einblick in den Mikrokosmos der Berliner Landespolitik geben. Zweitens werden die Ereignisse im Zusammenhang mit den Turbulenzen der Bankgesellschaft Berlin und dem folgenden Wahlkampf sowie die damit verbundene politische, gesellschaftliche und publizistische Atmosphäre in der Stadt aus der Perspektive der Betroffenen in der Bankgesellschaft, der Landespolitik und der CDU dargestellt werden.

In Berlin bestand die Hoffnung, dass die Hauptstadtentscheidung und der Wechsel des Regierungssitzes eine Öffnung für die Stadt bedeuten würde, deren politische Führung man oft mit dem Ausdruck „altes Westberlin“ beschrieb. Nach dem Zuzug vieler Beamter, Botschaften, Verbände etc. bleibt aber der Eindruck, dass die Berliner Landespolitik im Gegenteil noch bezirklicher, kieziger und trivialer geworden ist. Das zeigt allein schon ein Blick auf die Personaldecke, wenn man in Betracht zieht, dass zu den früheren Regierenden Bürgermeistern Persönlichkeiten wie Willy Brandt oder Richard von Weizsäcker gehörten. Auf der anderen Seite ist Berliner Landespolitik in der Wahrnehmung der Medien auch immer Bundeshauptstadtpolitik und sie steht unter Rechtfertigungszwang, welche Themen in der politischen Debatte aufgegriffen werden. In meinen Schwerpunktressorts Kultur und Wissenschaft wird das besonders deutlich, obwohl die Stadt von außen hauptsächlich durch diese Potentiale wahrgenommen wird. Wissenschaft ist dabei das einzige Ressort, dass durch seine infrastrukturellen Vorgaben Wirtschaftsunternehmen nach Berlin holen kann. Gute Beispiele dafür sind der biomedizinische Campus in Buch oder die Kommunikationstechnologie und Materialforschung in Adlershof. Trotzdem steht das Thema Wissenschaft bei den Haushaltsverhandlungen im Abgeordnetenhaus an letzter Stelle, mit der Konsequenz, dass die Debatten und Abstimmungen immer jenseits der öffentlichen Wahrnehmung stattfinden. Problematisch ist auch, dass sich das Thema kaum auf den Lokalseiten der Zeitungen unterbringen lässt. Bestenfalls gibt es wissenschaftliche Fachseiten, die aber kaum tagespolitische Probleme aufnehmen. Günstiger sieht es hier für die Kulturpolitik aus, die innerhalb des Feuilletons besser in der Öffentlichkeit repräsentiert ist.. Gründe für das geringe öffentliche Interesse am Thema Wissenschaftspolitik könnten sein, dass man erstens Wissenschaft im Gegensatz zu anderen Ressorts nicht mit gesundem Halbwissen betreiben kann und zweitens nur relativ wenige Menschen Anteil an diesem Thema nehmen.

Von Seiten der Medien haben CDU-Mitglieder und Zugehörige zur Bankgesellschaft Berlin im diesjährigen Wahlkampf dagegen einiges abbekommen. Eine oft gestellte Frage war, warum die CDU im Wahlkampf nicht deutlicher gemacht hat, dass sie nicht allein verantwortlich für die Schieflage der Bankgesellschaft ist. In Wirklichkeit hat die CDU die Verflechtung der SPD herausgestellt, was von den Medien aber nicht transportiert wurde. Die „Landowsky-Bank“ (nach dem damaligen Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden) als Schlagwort wurde ein Selbstläufer in der Stadt und war von Seiten der CDU nicht mehr zu korrigieren. Auch der CDU- Spitzenkandidat für den Posten des Regierenden Bürgermeisters, Frank Steffel, musste den Wahlkampf zwischen zwei miesen Bildern führen. Der Auftakt war ein Zeitungsbild, das ihn als Feigling darstellte, als er sich auf einer Kundgebung vor auf ihn geworfenen Eiern wegduckte. Kurz vor der tatsächlichen Wahl veröffentlichte das Stadtmagazin *Zitty* ein verfremdetes Porträt Steffels, das erstens geschmacklos und zweitens in der politischen Auseinandersetzung keineswegs förderlich war. Auch seriöse Tageszeitungen wie der Tagesspiegel berichteten offensichtlich tendenziös für eine Partei. So wurden in der Lokalzeitung Fotos der Spitzenkandidaten abgedruckt: das des fröhlichen SPD-Kandidaten in Farbe und das des zerknirscht wirkenden CDU-Kandidaten in schwarzweiß. Nicht einmal der öffentlich-rechtliche Rundfunk berichtete ausgewogen, sondern SPD-Politiker wurden viel öfter zu Interviewsendungen eingeladen als CDU-Mitglieder und der Spitzenkandidat. Das alles sind Beispiele für die Schwierigkeiten des Wahlkampfes, gegen die man anzukämpfen hat, wenn die veröffentlichte Meinung unter dem Vorzeichen eines Spendenskandals steht und daher keine differenzierte und ausgewogene Berichterstattung mehr möglich zu sein scheint.

Zusammenfassung: Anita Richter

3 Mediale Deutungen

3.1. Agenda-Setting und Adhocismus: Wer und Was bewegt deutsche Außenpolitik?

Referent: Gunter Hofmann

Dr. Gunter Hofmann – Jahrgang 1942 – leitet das Berliner Büro der ZEIT. Nach dem Studium der Politischen Wissenschaften, Philosophie und Soziologie zunächst für die Stuttgarter Zeitung, ab 1977 für die ZEIT als Korrespondent in Bonn, jetzt in Berlin tätig.

9/11/2001 und deutsche Politik – Die Sicht des Journalisten

Als am 11. September 2001 die beiden Türme des World Trade Centers in Manhattan einstürzten, wurde die deutsche Politik von einer Art Weltvergessenheit, der sie in den letzten zehn Jahren erlegen war, eingeholt. Weder Journalisten noch Politiker hatten trotz des 1989 weggefallenen Systemwiderspruchs erkannt, welche Konfliktpotentiale die blockfreie Welt auch weiterhin birgt – obwohl dies spätestens seit dem Golfkrieg hätte gesehen werden müssen.

Die deutsche oder auch europäische Politik kann zu diesem Zeitpunkt, also zwei Monate danach, nicht vollständig rekonstruiert werden. Journalisten können lediglich ihre Wahrnehmung schildern, jedoch sind die Ereignisse noch nicht, wie beispielsweise im Kosovokrieg nach den gescheiterten Rambouillet-Verhandlungen und nach der Intervention, in zugänglichen Akten nachlesbar. Obwohl Deutschland im Zusammenhang mit dem Terroranschlag von New York keinesfalls als Hauptakteur gesehen werden kann, waren die Ereignisse in politischer Hinsicht für Deutsche und Europäer allein schon aufgrund ihrer NATO-Mitgliedschaft von wichtiger Bedeutung. Nachdem am Nachmittag des 11. September im Kanzleramt der erste Schockzustand überwunden war und eine sehr professionelle Verständigung mit Parlament, Verfassungsschutz, Nachrichtendiensten, BND und Innenminister einsetzte, folgte mit dem NATO-Treffen am 13. September und der Erklärung des Bündnisfalls die erste außenpolitische Entscheidung. Im Rahmen der NATO-Rat-Sitzung versuchten die Deutschen zu eruieren, ob alle NATO-Mitglieder, die ja geschlossen für die Bündnisfall-Erklärung gestimmt hatten, auch tatsächlich dafür waren. Konnte man auf dieser Ebene der Politik seine Bedenken frei äußern und die Richtigkeit des Verfahrens anzweifeln? Vermutlich gab es im Vorfeld der Brüsseler Sitzung Zögerlichkeiten hinsichtlich des Vorgehens, in amerikanischen Zeitungen erschienen eine Woche später zudem Berichte darüber, dass die Deutschen „mit den Augen geblinzelt“ hätten. Mit der Bündnisfall-Erklärung ist die deutsche Politik für die Öffentlichkeit auf eine Einbahnstrasse eingeschwenkt und nicht wieder von ihr abgewichen.

Noch am 13. September haben sowohl Gerhard Schröder als auch Joschka Fischer Journalisten als erste Ansprechpartner der Politik eingeladen, um einerseits die Position der Regierung zu erläutern, andererseits die Medien einzubinden. Aus dem Kosovo-Konflikt hatte man gelernt, dass es darauf ankommt, sehr früh um die Köpfe zu streiten, denn bereits zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ein Krieg ab, an dem Deutschland

möglicherweise beteiligt sein könnte und zu dem es überhaupt einen Standpunkt entwickeln müsste. „Krieg“ war der offizielle Terminus der Regierung - in der Demokratie nur öffentlich legitimierbar, wenn die Bevölkerung dazu zu gewinnen ist. Die Mitteilungen von Kanzler und Außenminister gegenüber den Journalisten kommunizierten die „Einbahnstrasse“, das äußere Gesicht der Politik: Bündnissolidarität und das Werben um Verständnis dafür. Die nicht einsehbare Ebene, also das, was Schröder, Fischer und andere tatsächlich bewegte, lässt die Politik, die so eindeutig aussieht, einem Slalomlauf ähneln. Die Szenarien in den Köpfen der Politiker reichten aufgrund von Gerüchten dahin, dass der Militärschlag bis hin zu einer nuklearen Reaktion auf Afghanistan, den Sudan und den Irak geführt werden würde und in der Folge unkontrollierbare Entwicklungen verursachen könnte. Bilaterale Kommunikation findet in einer solchen Situation erstaunlich spärlich statt. Die Westeuropäer mit Ausnahme der Briten stocherten mit der Stange im Nebel. In dieser Phase konnte die Politik in Europa, nicht nur in Berlin, nicht mehr zwischen liberalem und moderatem Flügel in Washington, Rumsfeld und Wolfowitz, unterscheiden.

Als sich bei den Amerikanern dann „Besonnenheit“ durchsetzte und sie ihre europäischen Verbündeten darüber informiert hatten, dass sie zwar keine raschen Militäroperationen planten, die Angriffe jedoch auch nicht folgenlos bleiben würden, begab sich die Politik in Europa in Wartestellung. Der vorgegebene Sprachcode von der „uneingeschränkten Solidarität“ wurde in der ersten Regierungserklärung des Kanzlers durch die Wendung: „...wir sind bereit, Risiken mitzutragen, aber Abenteuer nicht“, etwas relativiert. Den folgenden Satz: „... aber die (die Abenteuer, G.H.) werden von uns ja auch nicht verlangt“, hat Schröder selbst handschriftlich in das Manuskript geschrieben, um sicherzustellen, dass ihn sowohl die Öffentlichkeit als auch die Bündnispartner richtig verstehen. Die permanente Kommunikation der Regierung mit der Öffentlichkeit war von diesem Zeitpunkt an durch ein hohes Maß an Professionalität und Interdependenz gekennzeichnet. Die kritische Öffentlichkeit war eingeladen mitzureden, die Mitsprache der zivilen Gesellschaft erwünscht, obwohl unklar blieb, wie diese die Politik beeinflussen kann, solange sie sich auf einer Einbahnstrasse befindet und der politische Spielraum eng begrenzt ist.

Politiker und Journalisten befanden sich in einem Dilemma, zudem wurden sie genau wie die Öffentlichkeit zu Lernenden, die bis dato nicht wussten, welche Ethnien über welchen Einfluss in Pakistan und Tadschikistan und deren Anrainerstaaten verfügen oder woher die Waffen in der Region kommen. An dieser Stelle setzte die Einbindung der wissenschaftlichen Ebene ein. In täglichen mehrstündigen Beratungen mit Fachleuten aus SWP, Regionalexperten, Religionsexperten etc. wurde Wissen von außen geholt. Am Balkan hatte man die Welt ungefähr drei Jahre zuvor ein bisschen kennengelernt, aber trotz der sukzessiven Beschlüsse der Bundesregierung im Laufe der 90er Jahre, auch mit deutschem Militär bei Einsätzen mit anderen Europäern auf der ganzen Welt dabei zu sein, wusste man eigentlich nichts von der Welt. Während immer noch unklar war, wie die Amerikaner vorgehen würden, merkten die Deutschen plötzlich mit gewissem Stolz, dass sie auf einen relativ gut funktionierenden Nachrichtendienst zurückgreifen konnten. Im Kosovo hatte die Europäer die bittere Erfahrung machen müssen, dass sie mit Ausnahme der Briten kaum über ausreichende Informationen verfügten. Die NATO bestand damals inoffiziell allein aus Washington.

Zu rekonstruieren ist, dass Schröder von Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker und Hans-Dietrich Genscher geraten wurde, das Wort von der uneingeschränkten Solidarität politisch zu interpretieren: Deutschland würde sich mit Bodentruppen in Afghanistan

auf Wunsch der Amerikaner beteiligen, jedoch würden sich Deutsche und Europäer nicht in ein Vietnam hineinziehen lassen. Warum sie in der möglichen Beteiligung mit Bodentruppen kein Abenteuer gesehen haben, ist unklar geblieben, hängt jedoch vermutlich mit dem Bedürfnis zusammen, den „Schatten der großen Schweiz“ loszuwerden. Man wollte aus eigenen Gründen dabei sein, nicht unbedingt aufgrund solch objektiver Gründe wie Bündnistreue oder Verteidigungsfall. Auf seiner New York-Reise forderte der Kanzler eine Enttabuisierung des Militärischen und bot die Beteiligung deutschen Militärs bei einem potentiellen Einsatz in Afghanistan an. Auf seiner Reise nach Pakistan, Indien, Shanghai und Peking hat Gerhard Schröder für die Unterstützung der NATO geworben. Beunruhigt durch die Gerüchte, die Amerikaner hätten vor, den Irak zu bombardieren und die Gewissheit, dass die Anti-Terror-Allianz mit den asiatischen Ländern dann zerbrechen und die Folgen unübersehbar, unkontrollierbar und für die ganze Region kontraproduktiv würden, führte die deutsche Politik inoffizielle Absprachen mit Frankreich und Großbritannien, die Amerikaner in diesem Fall nicht zu unterstützen. Europa sollte hier zum ersten Mal als Akteur aktiviert werden. Offen gesagt wurde das nie.

Die Deutschen wollten erste in der zweiten Reihe sein, zumindest mit den Briten und Franzosen, die in London bereits zusammen mit den Amerikanern den Post-Taliban-Prozeß planten. Das war definitiv und für alle zu erkennen, als Schröder die Sitzung in London unter Protest verlassen wollte, da in den beiden Modellen für ein Post-Taliban-Afghanistan, die dort verhandelt wurden, Deutschland keine Rolle spielen sollte. Die Meinung der deutschen Politik beziehungsweise ein Einsatz deutscher Soldaten wurde nicht nachgefragt, lediglich eine finanzielle Beteiligung vorausgesetzt. Die deutsche Politik suggerierte auf der intransparenten Ebene den Wunsch, zu den großen in Europa zu gehören. Deshalb wollte man unbedingt mit Militär dabei sein, auch wenn dieser Beitrag im Vergleich mit dem anderer Staaten maximal symbolischen Charakter besitzen würde. Dass man als Bundeskanzler oder verantwortlicher Politiker nicht öffentlich darüber sprechen kann, ist verständlich. Würde man Schröder nach seiner Meinung zur Medienberichterstattung in diesen Wochen fragen, würde er den Journalisten wahrscheinlich vorwerfen, sie machen sich keine zweiten Gedanken und seien bellizistisch. Er stellt als Kanzler auf der für die Öffentlichkeit einsehbaren Ebene die Vertrauensfrage im Parlament, gleichzeitig bewegen die Politiker aber auf der nicht einsehbaren Ebene genau dieselben zweiten Gedanken, die Skepsis und Rückfragen nach der Richtigkeit ihrer Strategie, wie den Journalisten oder Bürger.

Zusammenfassung: Katja Mielke

3.2. Agenda-Setting: Zur „Macht“ der vierten Gewalt

Referent: Klaus Bresser

Klaus Bresser, geboren 1936 in Berlin, war 23 Jahre für das ZDF tätig. Bereits mit 15 Jahren begann er seine journalistische Karriere, die ihn von den „Aachener Nachrichten“, zum „Kölner Stadt-Anzeiger“ von dort zum WDR und schließlich 1977 zum ZDF führte. Hier übernahm er 1988 die Chefredaktion. Trotz der Aufgabe dieser Funktion im Jahr 2000 bleibt Klaus Bresser dennoch dem Fernsehpublikum mit seiner Sendung „Was nun ... ? erhalten.

Agenda-Setting: Zur „Macht“ der vierten Gewalt

Presse, Rundfunk und Fernsehen sind ein entscheidender Faktor der öffentlichen Meinungsbildung. Sie haben eine Wirkung beim Publikum, erzeugen Stimmungen, entscheiden über das „in“ oder „out“ eines Themas, einer Person. Zugleich dienen sie der Verbreitung von Themen und Ideen, sind Seismographen politischer Umwälzungen. So leistete die U.S.-amerikanische Medienberichterstattung einen bedeutenden Beitrag zur Beendigung des Vietnam-Kriegs.

Fernsehbilder haben Macht. Sie haben das Töten und Sterben in Vietnam beendet und in Osteuropa verhindert. Dort haben Fernsehkameras Protest und Aufruhr in alle Welt übertragen und andere Menschen angesteckt. Diese globale Aufmerksamkeit schützte diejenigen, über die berichtet wurde vor der Gewalt sozialistischer Machthaber. Die Macht lag somit nicht mehr bei den sozialistischen Regierungen, sondern bei den Menschen auf der Straße, die das Fernsehen zeigte – eine Sternstunde der Medien! Journalisten nahmen in diesen turbulenten Zeiten ihre professionelle Aufgabe wahr und folgten eher ihrer beruflichen Pflicht als dass sie „Macht“ ausübten.

Die Hauptaufgaben des Journalisten bestehen im Sammeln, Auswählen und Vermitteln von Nachrichten. Sie sollen berichten, was ist, wahre von unwahren Ereignissen trennen, um so den Rezipienten die Welt besser erkennen zu lassen. Die präzise Wiedergabe dessen, was geschieht, ist alles andere als ein bescheidenes Ziel. Denn auch der verändert die Welt, der beschreibt, wie sie ist. Denn Wahrheit, was ist das? Zumal dann, wenn gesellschaftliche Akteure mehr und mehr versuchen, die Wirklichkeit zu verheimlichen, zu vertuschen. Aber Journalisten, die Wahrheitsvermittler, stehen nicht in Abhängigkeit von den Akteuren, die Macht oder Geld haben. Dennoch tragen auch die Medien zur Inszenierung und Verbreitung von Pseudoereignissen der politischen Akteure bei.

Wird das Fernsehen nicht auch im Einvernehmen mit den Bürgern als Realitätsersatz betrachtet? Ist der Bürger tatsächlich auf der Suche nach der Wirklichkeit oder versucht er nicht vielmehr, dieser auszuweichen? Vor dem scheinbaren Ertrinken in der Flut von Nachrichten rettet eine leichte Konsumierbarkeit. Das Publikum selektiert das Angebot der Medien – Unterhaltung und eine gute Story stehen in der Gunst des Rezipienten. Die Suche nach Zerstreuung scheint bei vielen Zuschauern, Zuhörern und Lesern über die Suche nach Aufklärung zu siegen.

Die sogenannte Macht der vierten Gewalt wird eingeschränkt und relativiert durch ein belangloses Angebot der Medien einerseits und ein uneinheitliches und individualisiertes Rezeptionsverhalten andererseits. Die Wirkung der Medien insgesamt

ist zwar angestiegen, einzelne Botschaften verlieren durch die Konkurrenz anderer Nachrichten ihre Bedeutung und Wirkungsmacht. Prinzipiell kann nicht von einer „Macht“ der Medien gesprochen werden, nur im Einzelfall. Die vierte Gewalt der Medien ist nur dann staatlichen Mächten überlegen beziehungsweise ebenbürtig, wenn die demokratischen Gewalten versagen. Wenn die staatlichen Institutionen die Wahrheit verschleiern, haben die Medien die Aufgabe der Aufdeckung und Aufklärung wahrzunehmen. Die schwachen Stunden der Demokratie werden somit zu den starken Stunden der Medien, sie werden zur vierten Gewalt, zur Ersatzgewalt. Doch das ist eine Ausnahme.

Der Alltag der Medien ist vielmehr von deren Schwächen bestimmt, was am Beispiel der Berichterstattung zur Deutschen Einheit und zur Europäischen Vereinigung verdeutlicht werden soll. Beide Ereignisse oder Prozesse können als grundlegende Veränderungen der deutschen Politik betrachtet werden und sind daher vergleichbar.

Versäumnisse und Unterlassungen der Berichterstattung sind die schlimmsten Fehler im Journalismus. Auf die obigen Ereignisse habend die Medien die Menschen nur unzureichend vorbereitet. Auch die deutschen Journalisten waren vom Umbruch in Osteuropa und der DDR überrascht. Dies lag nicht zuletzt auch an ihrer Abhängigkeit von Interpretationen und Deutungen aus der Politik. Politische Akteure und auch Politologen waren sich nicht im Klaren über die wahren Zustände in der DDR und in Osteuropa. Journalisten schwammen zu lang im *mainstream* der öffentlichen Meinung, die in ihren Vorstellungen über die DDR einer Fiktion unterlag. Westdeutsche Journalisten erkannten die Zeichen des Umbruchs nicht und brachten sie nicht ins öffentliche Bewusstsein. Sie trauten den Autoritäten, aber nicht ihren eigenen Augen. Vielleicht wollten viele auch die Wirklichkeit nicht wahrhaben. 1989 jedoch haben die Medien dann glamourös ihre Aufgabe erfüllt: die Wirklichkeit vermittelt und sich zum Treibriemen der friedlichen Revolution entwickelt. Doch diese Phase war nur von kurzer Dauer, denn auf die Risiken der deutschen Einheit wurde nicht eingegangen und kaum Raum für einen öffentlichen Diskurs geboten.

Auch im Zusammenhang mit der Europäischen Vereinigung befinden sich die Medien in Abhängigkeit von der Politik und der öffentlichen Meinung. Im Unterschied zur Deutschen Einheit sind die Europäische Währungsunion und die Erweiterung der EU keine überraschend eintretenden Ereignisse. Zugleich existiert in der Bevölkerung keine mehrheitliche Begeisterung für das Projekt Europa – Europa ist nicht populär, eine seelen- und gesichtslose Bürokratie. Europas Politiker haben versäumt, das Projekt Europa zu einem Projekt der Bürger zu machen. Es ist ein Projekt der Eliten. Die Medien haben zwar den Diskurs über die Währungsunion vermittelt, dieser nützt aber nichts, wenn der Bürger ohnehin den Eindruck hat, dass er ohne Einfluss ist und die Entscheidung über seinen Kopf hinweg getroffen wird. Eine Mehrheit bei einer Volksabstimmung über die Europäische Währungsunion und die EU-Erweiterung wäre auch in Deutschland fraglich. Wenn von oben entschieden wird, müssten die Medien umso mehr die Debatte am Leben erhalten. Doch sie tun dies nicht. Die öffentliche Diskussion wird längst nicht so breit und intensiv geführt wie nötig. Die Botschaft der „einzigen Erfolgsgeschichte Europas“ sollte stärker transportiert werden. Nicht nur die handfesten ökonomischen Gründe der EU-Erweiterung werden von den Medien vernachlässigt, sondern auch die politischen: Ohne ein erweitertes Europa wird Osteuropa zerfallen und eine Welle blutiger Konflikte wird auf uns zukommen. Eine „Balkanisierung“ eines großen Teils Europas würde folgen, was nicht zuletzt auch Deutschland träfe.

Die Medien tun sich schwer, die bei der Bevölkerung unpopulären Ziele Europas zu vermitteln. Eine europäische Öffentlichkeit müsste geschaffen werden, die ein Gefühl und das Engagement für ein größeres Projekt Europa entwickelt. Doch dies scheitert auch an der Tatsache, dass die Medien immer noch nationale Medien sind. Selbst europäische Themen werden mit einem länderspezifischen Zugang betrachtet. Nur wenige Themen schaffen es auf die Agenda aller europäischen Medien.

Die Berichterstattung zur Deutschen Einheit und zur Europäischen Vereinigung hat gezeigt, dass Medien zwar Schlagzeilen gelingen, dass sie aber keine gesellschaftlichen Frühwarnsysteme sind. Medien können nur im Einzelfall Wirkungen erzielen. Im Regelfall spiegeln Medien Ereignisse und Entwicklungen wieder, sie verursachen sie nicht, können sie aber beschleunigen. Die Macht der vierten Gewalt ist zurecht eine „Macht“

Zusammenfassung: Daniela Stawinoga

4 Essays: Wissenschaft-Medien-Politik

4.1. Schuld sind immer die anderen? Bemerkungen zu Ringvorlesung und Kolloquium

von Sebastian Nagel

„Es kommt in der Politik nicht darauf an, wie eine Sache ist; es kommt darauf an, wie sie wirkt."
Kurt Tucholsky, Brief an eine Katholikin

Die Interpretation der Öffentlichkeit stellt gerade unter den Bedingungen von Internationalisierung (Globalisierung), Ökonomisierung und Individualisierung Politik, Wissenschaft und Medien vor neue Herausforderungen. Dem ist so, weil die Öffentlichkeit und der dazugehörige Deutungsmarkt diversifiziert sind, d.h. Verbindlichkeiten abnehmen, Optionen zunehmen und die Akteursanzahl rapide ansteigt. Politiker, Wissenschaftler und Journalisten konkurrieren auf einem Markt der Wertungen, Prognosen und Handlungsempfehlungen hinsichtlich der zu deutenden komplexen und komplizierten Öffentlichkeit.

Ringvorlesung und Kolloquium des Wintersemesters 2001/2002 haben sich intensiv und in kaum zu überschauender Vielfalt mit Aspekten dieser riesigen Interaktionsfelder auseinander-gesetzt. Politikberatung, *Agenda-Setting*, „Medienmacht" und NGOs sind nur einige Stichworte. Beleuchtet wurden insbesondere die Elemente des intermediären Systems Medien und Wissenschaft und ihr Verhältnis zur Politik. Im Vordergrund der interessanten Vorträge der Ringvorlesung standen Erfahrungsberichte aus der Praxis des Deutungsmarktes. Am eindrucksvollsten und für mich ertragreichsten zeigten sich entgegen meiner Annahme nicht die Referate der bekannten Bundes- und Landespolitiker sowie der zwei Medienvertreter, sondern die der mir überwiegend vorher unbekannten Namen aus der Wissenschaft. Ich fand in den Wissenschaftler-Beiträgen mehr Analyse und Reflexion über das Interaktionsfeld Politik – Medien – Wissenschaft. Diese subjektive Einsicht kann aber auch dem „universitären Milieu" geschuldet sein, was mir solcherart Vorträge am angenehmsten erscheinen lässt.

Heinrich Vogel, ehemaliger Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, referierte über die Situation der deutschen Politikberatung und zur Lage der Osteuropa-Wissenschaft. Mary McAuley von der Moskauer Ford Foundation berichtete über die Position von NGOs in Russlands *Policy-Making*. Janine-Marie Calic, Mitarbeiterin beim Balkan-Stabilitätspakt in Brüssel, informierte über die Interaktion von Medien und Politik vor dem Hintergrund der Krisen und Kriege in Südosteuropa. Marina Pavlova-Sil'vanskaja (Carnegie Stiftung, Moskau) vertiefte Mary McAuleys Ausführungen zum Thema Nichtregierungsorganisationen in Russland. Und nicht zuletzt machte Gesine Schwan, Präsidentin der Viadrina Frankfurt/Oder, Ausführungen unter dem Titel „Kultur und Stereotypen als Faktoren politischen Gestaltens".

Deutlich schwer taten sich die geladenen Politiker bei der Deutung „ihrer" Politik im Zeitalter von Globalisierung, Informationsgesellschaft und Deregulierung. Hans-Ulrich Klose, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, sprach von Politikgestaltung im 21. Jahrhundert als Gestalten und Ertragen. Er sah die Rolle von

Politik sehr pragmatisch. Es gehe heute weniger darum große Gesamtkonzepte zu verwirklichen als auf Gegebenheiten bestmöglich zu reagieren: „Das Unabwendbare muss gestaltet werden." Es gebe Prozesse, die sich dem Zugriff des Handelns entziehen und die Folgen des Handelns seien nicht immer absehbar. Demokratien hätten weniger Probleme zu handeln als die öffentliche Meinung darüber zu kontrollieren. Dies waren Statements, so scheint mir, die das Handlungsprimat der Politik (trotz aller Steuerungsverluste) vergessen machen wollen und wenig über Interaktionen aussagen. Die Regierung bleibt das aktive Handlungszentrum.

Die stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner CDU, Monika Grütters, präsentierte dem amüsierten Publikum eine Nachlese zum letzten Berliner Wahlkampf. Sie suchte zu beweisen, dass der Spitzenkandidat Frank Steffel sowohl durch Nichtbeachtung als auch durch gezielte einseitige Berichterstattung in den Berliner Printmedien gegenüber seinen Mitbewerbern benachteiligt wurde. Bei einer solchen Sichtweise erscheint die Medienmacht gewaltig, gar als „vierte Gewalt"? Vernachlässigung erfährt hier wohl der Umstand, dass Politik und Medien in einem engen Wechselverhältnis stehen und voneinander abhängig sind.

Nur der Vollständigkeit halber: Karl Lamers, im Bundestag für die CDU, und Richard von Weizäcker, ebenfalls CDU (die Mitgliedschaft ruht) und Bundespräsident a.D., sprachen ebenfalls in der Vorlesungsreihe.

Erstaunlich wenig, bis auf eine kurze aber intensive Diskussion während des Kolloquiums, spielten wirtschaftliche Aspekte eine Rolle. Das scheint mir in zweierlei Hinsicht kritikwürdig. Zum einen stellt die Marktwirtschaft eine Rahmenbedingung des Dreigestirns aus Politik, Medien und Wissenschaft dar, deren Besonderheiten nicht zur Sprache kamen, aber direkt oder indirekt wirken. Hier seien nur Sparzwänge oder Abhängigkeiten von Werbekunden als Beispiele genannt. Zum zweiten sind Wirtschaftsunternehmen Akteure, die Steuerungsgewinne (z.B. „Drohmittel" Standortwahl) in einer globalisierten Welt zu verzeichnen haben und somit nicht ausgespart werden dürfen, wenn man über Medien, Politik oder Wissenschaft redet.

Erstaunlich auch, so mein Eindruck nach den Berichten aus der Praxis, dass anscheinend mehr Entscheidungsprozesse (gerade in der Politik) auf informeller Ebene stattfinden denn im Bereich formaler Institutionen. Das hält ein jeder für nur allzu menschlich, birgt es doch Gefahren. Eine ist die Gefahr der zu starken Abhängigkeit von Personen, die Instrumentalisierung von NGOs zum Beispiel. Betont Mary McAuley von der Ford Foundation in Moskau die Wichtigkeit persönlicher Kontakte und Gespräche bei ihrer täglichen NGO-Arbeit, spricht sie im nächsten Satz an, warum die so wichtig sind. Sie erkennt ein „Loch zwischen Gesellschaft und Politik", das sie anscheinend mit informellen Mitteln zu verkleinern sucht. In Russland ist das besagte Loch bekanntlich sehr groß, was durchaus nicht heißt, dass „demokratische Interaktionsoptimierung" nur dort von Nöten ist.

Bietet sich hier nicht die Suche nach klaren Spielregeln an, die sowohl Transparenz als auch Rechtssicherheit garantieren? Sind demokratische Institutionen nicht der Gefahr ausgesetzt nur noch die Bühne für die Präsentation längst informell geklärter Entscheidungen zu stellen?

Ringvorlesung und Kolloquium waren mit dem Untertitel „Politische, wissenschaftliche und mediale Zugriffe auf Osteuropa" versehen. Kommilitonen bemerkten bereits bei

der Auswertung der Ringvorlesung, dass der Osteuropa-Bezug oft vermisst wurde. Im Mittelpunkt standen Medien, Wissenschaft und Politik in der Bundesrepublik, Referenten wie Zuhörer blieben auf dem Terrain der deutschen Verhältnisse. Dem wurde während des Kolloquiums dadurch versucht entgegenzuwirken, dass osteuropäische Journalisten aus ihrer Heimat berichteten. Trotzdem fiel es schwer, in beiden Lehrveranstaltungen, den Fokus auf Osteuropa zu richten und Unterschiede und Spezifika im Vergleich zu Deutschland herauszufinden. Eine Erkenntnis: In Osteuropa verkompliziert sich die Deutung politischer Prozesse, weil eine Gleichzeitigkeit von Transformation und Diversifizierung herrscht. Beide Prozesse verschränken sich und erschweren Prognosen und Handlungsempfehlungen. Medien, Wissenschaft und auch die Politik definieren ihre Rolle nach dem Systemwechsel neu und wachsen in eine neue Rolle. Hier seien einige Unterschiede zur deutschen Medienlandschaft genannt. Izabela Dachtera von der polnischen Zeitung „Glos Wielkopolski“ berichtete, dass in ihrem Land es im Gegensatz zu Deutschland fast keine freien Journalisten gibt, nahezu alle ihrer Kollegen in Polen sind bei Zeitung, Fernsehen oder Radio fest angestellt. Nach Izabela Dachteras Auskünften existiert in Polen nur eine staatliche Hochschule, an der man Journalistik studieren könne. Darüber hinaus existierten einige private Lehreinrichtungen für Journalismus. Problematisch sei noch immer das Thema „Katholische Kirche“ in der polnischen Öffentlichkeit. Kritische Berichte über Kirche und Papst stellten noch sehr oft ein Tabuthema dar. Kritischer Journalismus erführe sowieso Vernachlässigung – abgesehen von den politischen Wochenzeitschriften.

Alfred Nune arbeitet als freier Journalist für deutsche wie albanische Medien. Seine Erfahrungen aus der albanischen Medienwirklichkeit vermittelten, dass zwar formal demokratische Gesetze in Albanien geschaffen wurden, aber alte Mentalitäten aus der Zeit des Sozialismus fortbestünden. Er konstatierte Bedrohung und Verfolgung von Journalisten und Medien, die in ihrer Berichterstattung zum Beispiel der Regierung missfielen. Es bestehe außerdem ein eher paternalistisches Verhältnis zwischen Verlagschef und Journalist. Ungewöhnlich auch, dass die Journalistenverbände von Verlegern beherrscht würden. Die einzelnen Medien seien stark Parteien zuzuordnen, entsprächen Sprachrohren von Regierung oder Opposition.

Keineswegs gleicht die osteuropäische Medienlandschaft, wie die politische Realität, den westeuropäischen Gegebenheiten, was man bei der Wahl der Zugriffe auf Osteuropa beachten muss.

Unter der Überschrift „Schuld sind immer die anderen“ kamen Selbst- und Fremdperzeptionen im Interaktionsfeld Politik-Medien während des Kolloquiums zur Sprache. Allgemeine Erkenntnis war, dass das Verhältnis von Politik und Medien ein ambivalentes ist. Nach Barbara Pfetsch unterwerfe sich keine Partei unter die andere, sondern es herrsche ein „Interdependenzmanagement“[1]. Beide sind zwar aufeinander angewiesen, was sie aber nicht davon abhält bei auftretenden Interaktionsproblemen einander die Schuld daran zu geben. Das passiert immer dann, wenn die Politik sich „zugeknöpft“ zeigt und wohldosiert informiert um bestimmte Handlungsoptionen nicht öffentlich zu machen und damit aus der Hand zu geben. Auf der anderen Seite stehen die Medien, die ihre Informationspflicht wahrnehmen wollen und investigativ vorgehen.

---

[1] Pfetsch, Barbara (1998): Regieren unter den Bedingungen medialer Allgegenwart, in: Sarcinelli, Ulrich (Hg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 233-252.

Gunter Hofmann, Journalist der „Zeit“, betonte in seinem Vortrag die Interdependenz zwischen Politik und Medien und führte als Beispiel dafür die Bitte des Bundeskanzlers Gerhard Schröder nach dem 11. September 2001 an. Er hatte die kritische Öffentlichkeit ausdrücklich um eine Beteiligung an der Debatte über die Reaktionen der Politik nach den Anschlägen in den USA gebeten. Deutlich kritischer äußerte sich Hans-Ulrich Klose zur Rolle der Medien, indem er sagte: „Demokratien haben weniger Probleme zu handeln als die öffentliche Meinung darüber zu kontrollieren.“ Diese Aussage suggeriert meiner Meinung nach ein erschwertes Handeln durch die mediale Allgegenwart. Monika Grütters warf den Medien Einseitigkeit und Parteinahme vor, eine eindeutige Schuldzuweisung für Interaktionsprobleme. Janine-Marie Calic ging noch einen Schritt weiter. Die Medien seien Akteur in den Balkan-Konflikten der 90er Jahre geworden, die Einfluss auf die Auseinandersetzungen gewännen und sogar ein Agenda-Setting via Bildschirm betrieben. Heinrich Vogel war der Meinung, dass den Medien eine zu große Rolle bei der Führung des deutschen Außenpolitik-Diskurses zukommt. So unterschiedlich zeigte sich die Selbst- und Fremdzuschreibung von Rollen.

Zu den interessantesten Themenkomplexen, die immer wieder angeschnitten wurden, gehörte die Politikberatung in Deutschland. Ausführlich widmeten sich Heinrich Vogel und Klaus Segbers diesem Feld. Insbesondere wurde nach Gründen für die schlechte Verzahnung zwischen Politik (Politikern) und Politikberatung (Wissenschaftlern) in der Bundesrepublik gesucht – im Gegensatz zur USA, wo die Regierung in festgelegten Strukturen die Analyse der Wissenschaft in Anspruch nimmt. Die Forderung nach einer ähnlichen Regelung für Deutschland tauchte mehrmals auf. Klaus Segbers äußerte, dass die Politik immer situativer und adhocistischer handele und deshalb der Wissenschaft kein oder nur ein geringer systematischer Platz eingeräumt würde. Heinrich Vogel verlangte aber auch ein Einlenken der Wissenschaft, indem beispielsweise auf „akademische Schnörkel“ verzichtet und ein hohes Maß an Aktualität gewährleistet werden müsse. Wissenschaftliche Politikberatung ist, darüber gab es keinen Zweifel, notwendig und sinnvoll zur Erklärung der globalisierten Welt.

Am Ende des Kolloquiums fanden sich dann auch Vorschläge für eine Interaktions-optimierung im Dreieck Politik-Wissenschaft-Medien. Dazu gehören im Verhältnis Wissenschaft und Medien die genannte Institutionalisierung der Politikberatung (Vernetzung) sowie eine Mediatisierung der Wissenschaft, die mehr die Öffentlichkeit sucht und auf die Politik zugeht. Den Wissenschaftsjournalismus zu fördern könnte eine Verbesserung des Wissenschaft-Medien-Verhältnisses nach sich ziehen. Wenn es um Medien und Politik geht, scheint eine Kompetenzerhöhung auf beiden Seiten geboten und die Existenz einer kritischen Öffentlichkeit ist unabdingbar als Korrektiv der ambivalenten Beziehung.

4.2. Zum Verhältnis zwischen Medien und Politik

von Agata Organista

Politik in modernen Staaten und Massengesellschaften ist ohne Massenmedien nicht mehr möglich. Anders als im antiken Athen können sich die Bürger nicht mehr auf der *agora* versammeln, um anstehende Entscheidungen zu diskutieren. Politik wird massenmedial vermittelt. Was wir über die Politik unseres Landes wissen, haben wir im wesentlichen durch Fernsehen, Radio und Zeitung erfahren. Insofern kommt den Medien im intermediären System eine zentrale Rolle zu: von „den" Medien wird oft als „vierter Gewalt" gesprochen. Während man früher davon ausging, dass die Politik die Medien instrumentalisiert, fragt man sich heute: ist es eher umgekehrt? Das Verhältnis „der" Medien zu „der" Politik hat sich in den letzten Jahrzehnten drastisch verändert. Dieser Prozess hat Auswirkungen auf die Struktur und Kultur unserer Demokratie, auf Parteien und das Verhalten der Politiker selbst.

Wie in der Politikwissenschaft gelegentlich von keiner klaren Gewaltentrennung zwischen Exekutive und Legislative, sondern teilweise von einer „Gewaltenvereinigung" ausgegangen wird, so gibt es auch zwischen den Medien und der Politik eine massive Interdependenz[1], wie einige der folgenden Beobachtungen zeigen sollen:

Die Medien bestimmen immer mehr über die Tagesordnung der Politik.

Worüber in den Medien nicht berichtet wird, dies findet in der Öffentlichkeit nicht statt. Medien sind zunehmend nicht nur Medium, also Spiegelbild politischer Öffentlichkeit, sondern sie fangen an, selbst Politik zu machen. Anders ausgedrückt: vieles findet in der Politik ausschließlich wegen der Berichterstattung statt. Jüngstes Beispiel aus der Berliner Republik ist die Rettung der Berliner Reiterstaffel. Dank dem massiven Protest des Eingeborenen, der einmal im Jahr im Grunewald einen berittenen Polizisten trifft, dem Aufschrei in der Presse, wurden die Pferde nun dem Bundesgrenzschutz übergeben und nicht wie anfangs befürchtet dem Schlachter.

Der Erfolg von Politikern hängt zunehmend von Medienpräsenz, medialer Kompetenz und Telegenität ab.

Politiker sind zunehmend gezwungen, sich und ihre Arbeit mediengerecht zu inszenieren. Dies führt dazu, dass Pseudoereignisse speziell für Journalisten bzw. für die Öffentlichkeit in Szene gesetzt werden. Politische Führung wird in diesem Zusammenhang zum Ereignismanagement. Traditionelle politische Kompetenzen, wie Fach-, Sach-, Gremien-, Organisationskompetenz verlieren dagegen an Gewicht. Teilweise erzwingen die Medien auch eine eigene, oft verkürzte Redeweise. Dieser Umstand ist sehr ambivalent: sicherlich gibt es Dinge, die kurz auszudrücken und auf den Punkt zu bringen sehr sinnvoll ist. Auf der anderen Seite gibt es Sachverhalte, die sich beim besten Willen nicht in 30 Sekunden vor einer Fernsehkamera seriös darstellen lassen. Hier hat die Presse unter Umständen bessere Chancen.

Doch die gesamte Entwicklung birgt Gefahren. Zum einen ist zu befürchten, dass ein Typ von Politikern in den Vordergrund tritt, welcher seine Politik hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt publizistischer Aufmerksamkeit betreibt und vorwiegend symbolisch, populistisch agiert. Zum anderen ist zu vermuten, dass langfristig

angelegte Politikplanung sich dem Tagesbedarf, der Tageskompetenz unterwerfen muss. Der Begriff Tageskompetenz bedeutet, ähnlich wie Ereignismanagement, dass man heute eine Politik betreiben muss, die morgen eine Schlagzeile erreicht. Was morgen sein wird, ist dann die Sorge des nächsten Tages. Dieser Typus orientiert sich dann weder am Programm seiner Partei, noch an Regierungserklärungen. Im Zweifelsfall bezieht er seine Legitimation direkt über die Medien, anstatt über politische Gremien.

Medien stabilisieren vielfach die Führungsfiguren in der Politik.

In der Regel geben Medien nicht den unbekannten Politikern das Wort, die die jeweiligen Einzelbereiche in ihren Parteien in der Sache verantworten, sondern sie zitieren lediglich die sowieso schon weithin bekannten Spitzenpolitiker. Politische Machtverhältnisse werden so eher zementiert. Nicht der sachlich zuständige Politiker wird für wichtig erklärt, sondern der sich bereits „oben" befindliche Spitzenkandidat. Wer aber insbesondere im Fernsehen nicht präsent ist, wird in der eigenen politischen Basis oft nicht als wichtig genug angesehen. Es besteht die Gefahr, dass sich die Parteien bei internen Auswahlverfahren zunehmend an der öffentlichkeitswirksamen Selbstdarstellungsfähigkeit der Kandidaten orientieren.

Das dominierende Unterhaltungsangebot führt zur Entpolitisierung der Berichterstattung.

Insgesamt liegt zunehmend eine Entpolitisierung der Berichterstattung vor: Es wird viel zu wenig über politische Probleme und Konzepte berichtet. Politische Magazine müssen im Fernsehen, nicht nur wegen eigener konzeptioneller Schwächen, ums Überleben kämpfen.

Wenn es sich nicht gerade um Krisenzeiten handelt dominiert das Unterhaltungsangebot. Doch selbst die Berichterstattung über die amerikanische Katastrophe ordnete sich schrittweise einer Unterhaltungsdramaturgie unter. Die Sendungen liefen unter massenwirksamen Titeln, die Hollywood-Filmen glichen: „America under attack", „Terror gegen Amerika", „Krieg gegen den Terrorismus". Die Fernsehsender wetteiferten darin, in einer Minutensequenz möglichst viele Kameraeinstellungen aus unterschiedlichen Perspektiven vom Flugzeugangriff auf das World Trade Center zu präsentieren. Der Grundsatz der rationalen Betrachtung wurde durch eine Mischung aus Emotionalisierung und Voyeurismus abgelöst.

Die Übermacht des Fernsehens führt zur dramatischen Verschiebung der Medienlandschaft.

Die Tendenz geht vom Wort zum Bild, vom Diskurs zum Ereignis, vom Argument zur Erregung. Es gilt das Gesetz der Quote. Die Masse der Bevölkerung ist auf das Fernsehen fixiert: wer dort auftritt, gilt als bedeutend, die Themen die dort nicht behandelt werden, haben keine wirkliche Resonanz in der Öffentlichkeit. Die Gier nach Stoff verleitet zur Dramatisierung des Belanglosen. Unwichtiges wird wichtig und Wichtiges wird unwichtig. Stehen keine Informationen zur Verfügung, schafft das Medium Fernsehen sogar künstliche Stoffe oder erfindet Events, was nebenbei gesagt oft zur progressiver Verblödung der Massen führt. (Wir erinnern uns an das Big-Brother-Spektakel !) Im Kampf um die Quote werden Sachverhalte, ohne eine Vergewisserung ihrer Wahrheitsgehalte weitergegeben. Das Infotaiment richtet sich ausschließlich an den Medienkonsumenten und vergisst dabei allzu oft den

Staatsbürger: die demokratische Öffentlichkeit wird zum Aggregat des Geldes. Auch hier gelten die Schlagwörter: *Inszenierung, Verflachung, Konkurrenz*. Vergessen sollte man hierbei jedoch nicht, auch auf dem Medienmarkt wird das Angebot durch die Nachfrage bestimmt. Der Zuschauer, Leser, Hörer ist in der Marktwirtschaft König. Nicht jeder Mediennutzer verlangt wirklich nach Informationen und Orientierung. Viele wollen nur abgelenkt und unterhalten werden.

Alle Medienangebote gehen im Zuge ihrer Entwicklung den Weg vom Kulturgut zum Wirtschaftsgut. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und die Konzentration auf individuelle Interessen führt zu einer zunehmenden Formatisierung der Medienangebote. Entsteht so eine neue Klassengesellschaft? Auf der einen Seite die Klasse der Informierten, die die Medien gezielt nach Nachrichten, Hintergrundsendungen, Kommentaren und Diskussionen absuchen und Materialien zur eigenen Meinungsbildung sammeln. Auf der anderen Seite eine an der Ablenkungswirkung der Medien interessierte Mehrheit.

Die Wirklichkeit heute? Nein, schon falsch: die Debatte über die Wirklichkeit heute? Die Medien vermischen Meinung, Meldung und Unterhaltung; sie interessieren sich nur für ihre Renditen und für ihre Einschaltquoten. Berichtet wird nur noch über Personen, Spektakel und Skandale, über das was man symbolische Politik nennt, nicht aber über die wirkliche Welt.

Es nützt jedoch nichts, eine Wendung zum Besseren nur von den Medienmachern zu erwarten. Was Generationen von Eltern und Pädagogen nicht gelungen ist – einen besseren Menschen zu schaffen – das werden auch sie nicht erreichen. Sie sind dafür nicht haftbar zu machen, dass viele lieber Verona Feldbusch im Fernsehen sehen als Angela Merkel, dass viele Leser nach Skandalblättern greifen, statt nach einem seriösen Blatt. Ihre gesellschaftspolitische Verantwortung nehmen die Medien wahr, indem sie dem Mediennutzer Materialien zur Meinungsbildung bieten. Ihre Kernkompetenz liegt im Sammeln, Abwägen und Überprüfen von Nachrichten. Es gilt zu analysieren, Hintergründe und Zusammenhänge darzustellen. Die eigentliche Führungsaufgabe der Medien in einer Demokratie besteht folglich in der Präsentation all dieser Informationen, in der Vermittlung von Orientierungswissen, nicht in der autoritären Vorgabe von Wegen und Zielen.

Und für den Medienkonsumenten, als mündigen selbstverantwortlichen Bürger gilt der Wahlspruch der Aufklärung: „Sapere aude“ – Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen.

4.3. Vom Elfenbeinturm ins Rampenlicht

von Anita Richter

Im Februar trafen sich in Berlin Politiker, Wissenschaftler und Journalisten zu einer Diskussion am Runden Tisch, um das diffuse Problem der „Europäischen Öffentlichkeit“ zu lösen.[2] In der mittelgroßen Runde von Experten bestachen die Journalisten durch die Schlichtheit ihrer Analysen, die Politiker interessierten wegen ihrer Nähe zur Macht, aber die Sozialwissenschaftler und Rechtsgelehrten versuchten die Aufmerksamkeit ihrer Zuhörer mit detaillierten theoretischen Modellen und der Beteuerung, dass die Wissenschaft auch keine konkreten Lösungen vorschlagen könne, zu erheischen. Dass die Wissenschaft und hier vor allem die Politik- und Sozialwissenschaft auf ihren komplexen Konstrukten und Erklärungen sitzenbleibt, kann auch als Fazit der Ringvorlesung am Osteuropainstitut der Freien Universität Berlin in diesem Semester gelten. Der „Deutungsmarkt“, um den es bei den Vorträgen der Akteure aus Politik, Medien und Politikberatung ging, wird von anderen dominiert, während die Sozialwissenschaften abgeschieden in ihren universitären Kleinstöffentlichkeit große Themen wälzen.

Die Vorstellung von einem Markt der Deutungen und Erklärungen impliziert eine spezielle Interpretation von Öffentlichkeit, die entsprechend einem Markt durch Angebot und Nachfrage reguliert wird. Diese liberale Begriffsbestimmung steht den demokratieerzeugenden und identitätsstiftenden Funktionen und Aufgaben, die bei republikanischen oder diskursiven Öffentlichkeitsmodellen im Vordergrund stehen, skeptisch gegenüber. Auf dem Deutungsmarkt konkurrieren Akteure um die Gunst des Publikums und den Einfluss ihrer Erklärungsmuster auf Entscheidungen. Lässt man diese Perspektive gelten, ist es um die Konkurrenzfähigkeit der Wissenschaft eher schlecht bestellt. Der Vereinnahmung des politischen Systems und politischer Handlungen durch mediale Darstellungsformen sieht die Wissenschaft, besonders aber die Politik- und Sozialwissenschaft, mit Ablehnung und gleichzeitig Hilflosigkeit zu. Ihr Einflussrahmen schwindet mit der steigenden Nachfrage nach eingängigen und schnellen Deutungen unter den Bedingungen einer komplexer werdenden Umwelt, wenn sie sich dieser Entwicklung nicht anpassen kann.

Die Mediatisierung von Politik und die Rückwirkungen auf die Wissenschaft

Die Politik ist durch die Allgegenwart der Medien unter erhöhten Handlungs- und Rechtfertigungsdruck geraten und reagiert mit der Übernahme medialer Funktionslogiken, was sich zum Beispiel in der Professionalisierung politischer Öffentlichkeitsarbeit widerspiegelt. Thomas Meyer spitzt in seinem Buch mit dem Titel „Mediokratie“[3] diesen Trend zu und beschreibt, wie sich das von Pressestellen und Medien verbreitete Bild von Politik und ihren Akteuren immer mehr von den tatsächlichen Abläufen ihrer Herstellung unterscheidet. In Momenten, in denen durch investigativen Journalismus oder die Aufdeckung von Skandalen plötzlich die Öffentlichkeit Einblick erhält hinter die Kulissen von Pressekonferenzen und

---

[2] Die Diskussionsveranstaltung wurde von der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland und dem Auswärtigen Amt am 28.2.02 organisiert.

[3] Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt/ Main: Suhrkamp.

großangelegten, politischen Inszenierungen, erscheint die reale Politik im Gegensatz zu ihrem medialen Abbild noch verlogener und verworrener. Damit schwindet das Vertrauen in das System immer mehr. Auch wenn der Wandel nicht in der beschriebenen Dramatik eintritt, bleiben einige Phänomene auffällig. Der Druck, der durch Medienberichterstattung erzeugt wird, Entscheidungen über Themen zu treffen, die mittel- oder langfristig nicht auf der Agenda der Politik stehen, macht politisches Handeln reaktiver und kurzfristiger. Vor allem in der Außenpolitik hat sich die Tendenz zum „Ad-hocismus" nach Meinung einer Reihe von Referenten der Ringvorlesung verstärkt. Als logische Folge von kurzfristigen, auf die Tagesaktualität zielenden Entscheidungen, schwindet der Einfluss von wissenschaftlicher Beratung. Wissenschaft reflektiert Probleme über größere Zeithorizonte hinweg und besitzt einen langsameren Produktionsrhythmus. Auch die Rezeption von Forschungsergebnissen erfordert viel Zeit. Doch wenn sich das politische System der Funktionslogik der Medien unterwirft und daraus eine Beschleunigung und Verflachung von dargestellter Politik resultiert, die Wissenschaft aber noch an einem Platz auf dem Deutungsmarkt interessiert ist, so kann der einzige Ausweg nur Mediatisierung der Wissenschaft sein.

Die mediengerechte Darstellung von politik- und sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen, ist aber nicht das einzige Hindernis auf dem Weg zu einer besseren Position auf dem Deutungsmarkt, die sich durch größeren Einfluss auf politische Entscheidungen auszeichnet.

Identitätskrise der Wissenschaft

In Deutschland ist die Verbindung zwischen Politik- und Sozialwissenschaft und der politischen Entscheidungsebene traditionell schwach ausgeprägt. Einerseits mag das an der Entstehungsgeschichte dieser Wissenschaftsfelder liegen, die sich vor allem aus der Gesellschaftskritik entwickelt haben und die ihre Legitimität daher bezogen, dass sie die Gesellschaft von ihrem unabhängigen Beobachterposten aus analysierten.

Jede Annäherung an Wirtschaft, Politik oder die allzu trivialen Medien kann aus dieser Perspektive als Verlust der Unabhängigkeit bewertet werden. In dem Maße wie das ökonomische System und seine Logik immer stärker ein Messwert für die Berechtigung von Forschung werden, legen Politik- und Sozialwissenschaften oft eine vollkommene Blockadehaltung an den Tag. Dass eine Annäherung an die anderen Universen außerhalb der Universitäten auch jenseits von wirtschaftlichen Gründen eine Notwendigkeit ist, wird hierbei ausgeblendet. Wissenschaft muss, will sie die Herausforderungen des Wettkampfes um Deutungen annehmen, im Dreieck zwischen Medien und politischem System eine neue Rolle finden. Dabei ist es notwendig, dass die Wissenschaften ohne ihren Anspruch an kritische und qualitativ hochwertige Forschung aufzugeben, auch den Bedürfnissen der Nachfragenden gerecht werden.

Wissenschaft könnte es besser - unter Umständen

Das widersprüchliche an der Situation der Politik- und Sozialwissenschaften ist, dass im Prinzip eine große Nachfrage nach ihren Erklärungsmustern und Prognosen auf dem Deutungsmarkt bestehen müsste. Aktuelle Herausforderungen wie die Interaktion verschiedenster Menschen in einer globalisierten Welt, komplexere Akteurskonstellationen und das Versagen ideologischer Deutungen können eigentlich nur durch vielschichtige, langfristige und ihre eigenen Interessen offenlegende Reflexion bearbeitet werden. Informationen, die durch die Vernetzung von

Kommunikationsmitteln und die steigende reale und virtuelle Mobilität, in Massen abrufbar sind, müssen eingeordnet werden. Medien und auch das politisches System laufen Gefahr durch ihre beschleunigenden und reduktionistischen Tendenzen auf Stereotype zurückzugreifen, die die Einordnung von Information erleichtern, aber auch Zerrbilder erzeugen. Sozialwissenschaftliche Forschung ist eine Methode, um zu einfache Deutungen zu widerlegen.

Gerade Politiker, die unter Handlungsdruck stehen und Entscheidungen treffen müssen, von denen sie wissen, dass sie ihre Folgen kaum abschätzen können, sind am Beitrag der Politik- und Sozialwissenschaften interessiert. Grundvoraussetzung für deren Beteiligung ist Zeit und Offenheit gegenüber fremden Interpretationen. Kurzfristige Handlungsalternativen vorlegen zu müssen, kann die Wissenschaft genauso überfordern wie das politische System. Aber langfristige Folgenabschätzung und Prognosen, kann Wissenschaft sicher besser liefern als die Politik, die immer stärker auf das Tagesgeschäft reduziert wird. Die Sozialwissenschaft ist dagegen ein System, in dem die Entwicklung und das Verwerfen neuer Erklärungsansätze und Theorien zu den grundlegenden Funktionen gehört. Doch wozu dienen Deutungen, die zwar der Komplexität der Aktualität entscheidend näher kommen als beispielsweise mediale Berichterstattung, die aber nicht über die Grenzen des wissenschaftlichen Systems hinaus reichen? Dies gilt im besonderen Maße für die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit Außenbeziehungen, wie in der Ringvorlesung deutlich geworden ist. In anderen Politikfeldern nimmt der Einfluss wissenschaftlicher Beratungsleistung sogar zu. In der Umweltpolitik, bei den Debatten und Verhandlungen über Regelungen zur Biotechnologie oder bei Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung sind die politischen Entscheidungsträger auf externe Analysen und Lösungsvorschläge angwiesen. Scheinbar hört der Einfluss da auf, wo Wissenschaft vordergründig von theoretischen Konstrukten über Kausalzusammenhänge lebt und sich schlecht in Diagrammen ausdrücken lässt.

Schritte ins Rampenlicht

Wie können also Versuche aussehen, die Politik- und Sozialwissenschaften aus dem Schatten ins Rampenlicht des Deutungsmarktes zu bringen?

Zuallererst muss die Sozialwissenschaft runter vom Elfenbeinturm der Universitäten. Forschung muss nicht als Spektakel inszeniert werden, aber die Ergebnisse jahrelanger vielleicht spannender Arbeit sollten nicht im Archiv verkümmern, sondern als Informationsangebote an eine breitere Öffentlichkeit herangetragen werden. Da es *die* Öffentlichkeit als homogenes Gebilde nicht gibt und eine der auffälligsten Entwicklungen der letzten Jahre beziehungsweise Jahrzehnte die Ausdifferenzierung und Spezialisierung von Teilöffentlichkeiten ist, müssen die Angebote diesen Bedingungen angepasst werden. Eine Studie über die Auswirkungen der Osterweiterung kann für viele interessant und wichtig sein, doch nicht alle informieren sich über wissenschaftliche Websites und finden Gefallen am Universitätsjargon. Deshalb sollte die Öffentlichkeitsarbeit auch an Universitäten und einzelnen Forschungsinstituten professionalisiert werden, möglicherweise durch entsprechende Abteilungen, aber auch studentische Initiativen wie zum Beispiel das Magazin „Plotki“, das über Osteuropa berichtete und im Rahmen eines Projekttutoriums herausgegeben wurde, sind kreative Lösungen. Mit einer mediengerechteren Aufbereitung von Forschungsergebnissen könnten entscheidende Multiplikatoren erreicht werden, die die Informationen auch für die Politik wieder interessanter machen. Voraussetzung ist

natürlich, dass entsprechende Fähigkeiten des Präsentierens und Aufbereitens schon während des Studiums vermittelt werden. Fachliches und spezielles inhaltliches Wissen sollte aber nicht unter der Dominanz der schönen Form zu leiden haben.

Zur fachlichen Qualität gehört auch die Vernetzung von Informationsquellen über nationale Grenzen hinaus, was bei den meisten Internetauftritten von Forschungseinrichtungen schon praktiziert wird. Aber auch der persönliche Kontakt über Grenzen hinweg ist nicht zu unterschätzen. Um politische Akteure zu erreichen und auf wissenschaftliche Erkenntnisse aufmerksam zu machen, ist persönliche Kommunikation ein wichtiger Faktor, wie auch von den Politikberatern in der Ringvorlesung immer betont wurde. Auch die entscheidende Bedeutung von Vertrauensbeziehungen als wichtigem Kapital bei schwierigen Verhandlungen, wurde diskutiert. Das kann auch in diesem Fall von großem Vorteil sein. Damit sich die Treffen zwischen Wissenschaft und Politik nicht in Gesprächen bei Zwischenstopps auf Flughäfen erschöpfen, ist eine gewisse Regelmäßigkeit der Zusammenkünfte wünschenswert. Das heißt nicht, dass mehr Planungsstäbe und Ausschüsse gebildet werden sollten, sondern das auch informelle, zwanglose Treffen diesen Zweck erfüllen können. Auch hier gibt es studentische Initiativen für Gesprächskreise mit Entscheidungsträgern oder Versuche Politiker in *Summer Schools* an schönen Orten zu locken, die als Vorbild dienen können.

Da die Schuld für die geringe Wahrnehmung sozialwissenschaftlicher Forschung nicht allein bei der Wissenschaft liegt, sind auch Ansätze denkbar, die Politik und Medien einbeziehen. Möglicherweise sind die Chancen für komplexe Analysen und Deutungen innerhalb von deliberativen Politikverfahren, die durch die Initiierung breiter Debatten gekennzeichnet sind, größer. Die Beteiligung vieler Akteure an einem Diskurs führt zur Entschleunigung des Entscheidungsprozesses und bietet vielleicht mehr Raum für neue Erklärungen. In den Medien ist die Beschäftigung mit wissenschaftlichen Themen nichts Ungewöhnliches. Berichte über Entdeckungen aus Naturwissenschaft, Technik und Medizin füllen Wissenschaftsseiten und ganze Fachmagazine. Politik- und Sozialwissenschaften könnten hier durch gezieltere Öffentlichkeitsarbeit öfter einen Platz ergattern

4.4. Die Macher und ihre Wähler: Von Steuerungsillusionen und Kontrollfiktionen

von Katja Mielke

Eine mögliche, wenn auch allenfalls teilweise Erklärung für den zu Beginn der 90er Jahre von „westlicher" Wissenschaft und Politik mit Überraschung beobachteten Zusammenbruch der Sowjetunion besteht in der Diskrepanz zwischen Steuerungsillusionen der sowjetischen politischen Eliten einerseits sowie den realen wirtschaftlichen Leistungen, die seit Mitte der 70er Jahre im ganzen Land stagnierten, andererseits. Die Tatsache, dass kaum einer der *sovietologists*, Politiker oder Journalisten diese Entwicklung vorhergesehen oder auch nur hypothetisch für möglich gehalten hatte, lässt sich erst vor dem Hintergrund der Art und Weise, wie politische Entscheidungen in der Sowjetunion kommuniziert wurden, verstehen. Die eindimensionale politische Rhetorik sorgte zwar dafür, dass die sowjetische als auch die westliche Öffentlichkeit mit Informationen über politische Entscheidungen und deren Motive beziehungsweise Intentionen (die „Vervollkommnung" des Sozialismus) versorgt wurden, jedoch sparte das Regime konkrete Zielerreichungsstrategien und tatsächliche Implementationskontrollen aus. Die Folgen, u.a. in Manifestation eines administrativen Marktes mit *Principal-Agent*-Abhängigkeitsstrukturen und den damit verbundenen Vertrauens- und Kontrollverlusten auf allen gesellschaftlichen Ebenen sind bekannt.

Im vorliegenden Essay soll versucht werden, die Divergenz zwischen politischem Entscheidungs- und Darstellungshandeln in demokratischen Gesellschaften, hier -soweit nicht anders benannt – für die Bundesrepublik Deutschland, zu skizzieren. Dieses Spannungsverhältnis wird zunehmend durch den Einfluß und die Bedeutungszunahme der Massenmedien für den politischen Prozeß bestimmt. Ein wesentlicher Unterschied zur oben geschilderten sowjetischen Situation, nämlich die relative Macht und Kontrollfunktion der Medien in Demokratien (Stichwort „vierte Gewalt"), soll in diesem Rahmen nicht erörtert werden. Vielmehr stellt sich die Frage nach den Steuerungsaspekten von Politik: Wie kann das politische System Legitimität erzeugen und – vor allem – erfolgreich behaupten? Welche Anforderungen stellt das vermehrt stattfindende *outsourcing* politischer Entscheidungsfindung auf die supranationale Ebene (Beispiel Europäische Union) vor dem Hintergrund wachsender globaler Interdependenzen ökonomischer und politischer Natur an die Kommunikationskompetenz dieser Organe?

Grundannahmen

Die zentrale Funktion von Politik manifestiert sich in der Herstellung allgemein verbindlicher Entscheidungen für Problembereiche, die von anderen gesellschaftlichen Systemen nicht gelöst werden können. Politische Entscheidungen beinhalten in diesem Sinne die Identifizierung des Problems sowie die Planung und Realisierung eines Handlungsprogramms im jeweiligen Politikfeld, beispielsweise zur Problemlösung im Bereich Bildung oder Wohlfahrt. Das soll hier als „Entscheidungspolitik" verstanden werden. Es ist bekannt, dass sich ein Großteil des politischen Tagesgeschäfts fernab von der Aufmerksamkeit der Medien vollzieht. Politische Themen, die täglich von den Massenmedien aufgenommen und verarbeitet werden, unterliegen ganz bestimmten

Selektionskriterien: Nachrichtenwert haben stets sogenannte Konflikte, Schäden, also Normalitätsabweichungen, darüber hinaus findet Nahes eher Aufmerksamkeit als Fernes. Mit Verweis auf die völlige Freiheit der Medien bezüglich Selektion oder Nicht-Selektion bestimmter Themen (*agenda-setting*-Funktion) spricht beispielsweise Meyer von der „Kolonisierung der Politik durch die Medien".[4] Andere Autoren betonen die „Macht" der Medien, bezeichnen sie als „vierte Gewalt".

Hier soll argumentiert werden, dass diese „Macht" durch eine hohe Kommunikationskompetenz des politischen Systems relativiert werden kann. Die „Selbstmediatisierung" der Politik beschreibt das Darstellungshandeln politischer Akteure, ihr Vermögen, politische Entscheidungen mediengerecht zu vermarkten. Die Notwendigkeit dafür ergibt sich aus der besonderen Abhängigkeit der Politik von den Medien, fungieren sie doch als intermediäres Bindeglied zwischen Öffentlichkeit und politischem System. Ein demokratisches System ist auf die Zustimmung der Bürger angewiesen. Politische Macht wird durch die Wahrnehmung der Öffentlichkeit hinsichtlich der Effizienz politischer Entscheidungen legitimiert.

Legitimation und Steuerung

Politische Kommunikation findet im Spannungsfeld der Interessen und Aktivitäten von Medien, Politik und Öffentlichkeit statt. Pfetsch spricht in diesem Zusammenhang zu Recht vom Regieren als von einem „kontinuierlichen und komplexen Prozeß des Interdependenzmanagements zwischen dem politischen System und seiner gesellschaftlichen und medialen Umwelt."[5] Das, was Meyer einen „unentwegten und gebieterischen Inszenierungsdruck auf die Politik"[6] nennt, erzeugt im Endeffekt eine schleichende Entwertung der politischen Kommunikation.

Luhmann hat darauf hingewiesen, dass als Teil der politischen Kommunikation zwischen Themen einerseits und Beiträgen zu Themen andererseits differenziert werden muss.[7] Aus der Perspektive des politischen Systems werden Themen oder Probleme nur kreiert, wenn Beiträge, also Tagesereignisse, die eine gewisse Problemlösungserwartung wecken, schon in Sicht sind – mit dem Ziel, diese dann anbringen zu können. Zum Zweck der Aufmerksamkeitsalarmierung werden ganz bestimmte Schemata konstruiert (z.B. „Krise"), die von anderen Schemata („Reform", „Implementation") unverzüglich aufgefangen werden. Beschließt die Regierung also eine Steuerreform, hat diese Entscheidung so lange keinen Nachrichtenwert wie sie nicht als Konfliktbeilegung (beispielsweise zwischen Wirtschafts- und Arbeitsminister) inszeniert werden kann. Ziel der Konstruktion von Pseudoereignissen ist der Versuch, dem Wähler gegenüber Effizienz zu beweisen, nur so vermag die Politik ihre Legitimation zu behaupten.

---

4 Vgl. Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

5 Pfetsch, Barabara (1998): Regieren unter den Bedingungen medialer Allgegenwart, in: Sarcinelli, Ulrich (Hg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Bonn: BZPB, 233-252, hier S. 234.

6 Meyer 2001, 85.

7 Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft. Herausgegeben von André Kieserling. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 293f.

Die politische Kommunikation von Entscheidungen berührt den Bereich der Entscheidungsimplementation nicht. Allein die Kreation und erfolgreiche Thematisierung beziehungsweise Platzierung eines Themas mit Hilfe der Massenmedien in der Öffentlichkeit wird schon als politisches Verdienst angerechnet. Nachrichten darüber, dass notwendige Geldmittel zur Realisierung nicht beziehungsweise in nur ungenügendem Umfang bereitgestellt werden können, fallen schon aufgrund des Aktualitätsverlusts eines Themas aus dem Selektionsraster. Luhmann bietet in diesem Zusammenhang das Beispiel-„Schema" Menschenrechtspolitik.[8] Die Diskrepanz zwischen Entscheidungs- und Darstellungshandeln wird ihm zufolge deutlich, wenn man sich die einerseits gängige normative Fixierung von Menschenrechten anschaut, andererseits aber die Defizite bei der Durchsetzung rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen vor Augen führt.

Politische Kommunikation beinhaltet primär Kommunikation über Motive beziehungsweise die in Aussicht gestellten Folgen von Entscheidungen. Deren Darstellung reproduziert die öffentliche Meinung in einer Art und Weise, die es der Politik ermöglicht, ihr eigenes Handeln zu reflektieren und auf unerwartete oder ursprünglich ausgeblendete Folgen zu reagieren. Die Darstellungsseite vermag jeweils nur einen kleinen Ausschnitt der Realität wiederzugeben. Komplexe Kausalzusammenhänge sind nicht kommunizierbar. Aus dieser reduktionistischen Darstellungsweise heraus kommt es teilweise zu einander widersprechenden Akzentuierungen im politischen Prozess, die nur noch mit utopisch anmutenden Erklärungsschemata beigelegt werden können.

Ein für die Politik schwierig zu handhabender Nebeneffekt ergibt sich in diesem Kontext aus der Wahrnehmung der Wähler: Die Kontrollfiktion der Politiker („Macher") empfinden sie als Realität, die über die Medien kommunizierte Steuerungsillusion mündet in der Wahrnehmung, Politik entwickele eine Allzuständigkeit für beliebige Probleme, die sie effektiv zu lösen vermag. Da jedoch in der Realität das Entscheidungshandeln den Inszenierungen hinterherhinkt, fällt diese Fehlwahrnehmung letztendlich auf die Politik selbst zurück: Sie findet sich im Dilemma der Selbsttäuschung wieder. Ein wachsendes Effizienzdefizit dürfte irgendwann auch den Medien auffallen, sind sie doch weniger abhängig von der Politik als umgekehrt. Der letzte Schluss wäre dann ein schleichender Legitimationsverlust, der sich auf nationaler Ebene - bezogen auf die Bundespolitik - zuletzt in den Ergebnissen der Bundestagswahl von 1998 mit der Abwahl der CDU nach 16 Jahren Regierungsmacht geäußert hat. Darstellungspolitik kann also offenbar nur bis zu einem gewissen Grad fehlende Effizienz beziehungsweise Steuerungsversagen ersetzen. Insbesondere bei Bekanntwerden der CDU- und SPD-Spendenaffären konnte der öffentliche Eindruck von der Käuflichkeit politischer Entscheidungen schwer revidiert werden, für diese Fälle kann man vermutlich von *defection* der Darstellungspolitik sprechen.

Handlungsebene Europäische Union

Vor dem Hintergrund des Bedeutungsverlusts von Nationalstaaten in der internationalen Politik stellt sich nun die Frage, wie politische Entscheidungen auf supranationaler Ebene öffentlich zu repräsentieren sind, um Wähler zu beeinflussen und politische Legitimation zu erhalten beziehungsweise zu behaupten. Für die Ebene der Europäischen Union soll in diesem Zusammenhang folgende These aufgestellt werden: Bisher hat es die EU nicht verstanden, symbolische Politik zu generieren. Die

---

[8] Ebenda, 301.

Kommunikationskompetenz vergleichbar derer einiger nationaler Regierungen fehlt ihr in bedeutendem Maße. Das erklärt zu einem Großteil, warum die Arbeit der EU oft als wenig effizient eingeschätzt wird. Daraus speist sich darüber hinaus ein Legitimationsdefizit ihrer Organe. Zwar soll das Ziel nicht ein Triumph der Kommunikations- über die Sachpolitik sein, jedoch kann es sich keine Regierung leisten, ihr politisches Darstellungshandeln nicht an den sogenannten Nachrichtenfaktoren der Medien auszurichten. Die bewußte Auswahl von Präsentationskontexten für die öffentliche politische Darstellung von Entscheidungen ist unabdingbar für den Erhalt politischer Legitimation.

Wahrnehmungen mangelnder Effizienz führen zu einer Nicht-Akzeptanz präsentierter politischer Entscheidungen. Ein öffentlich empfundener Rückgang der Problemlösungskompetenz zuständiger Organe bedroht deren Legitimität und Autorität, fördert Unzufriedenheit und Desillusionierung in der Bevölkerung und stellt schließlich eine eher ungünstige Ausgangsbasis für das europäische Einigungsprojekt und die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität dar. In diesem Punkt hat die Europäische Union dringenden Beratungsbedarf. Wenn die EU tatsächlich zu einem Objekt für die Identifikation aller Bevölkerungsteile – und nicht nur wie bisher der politischen Eliten – transformiert werden soll, müssen vermehrt identitätsstiftende Ereignisse konstruiert werden, die möglichst als Bilder von den Medien aufgenommen und im Kommunikationsprozess mit der Öffentlichkeit weiterverarbeitet werden können. Ansonsten bleiben die Chancen der Politik gerade auf EU-Ebene sehr gering. Bei fehlender Akzeptanz und Legitimation politischer Entscheidungen bei den Bürgern droht sogar eine Gefährdung des Projekts Europäische Union.

Fazit

Medien nehmen einen festen Platz in der politischen Kommunikationskultur demokratischer Gesellschaften ein. Sowohl für die Politik als auch für die Öffentlichkeit erfüllen sie eine instrumentelle Funktion. In die Richtung der Öffentlichkeit transportieren sie von Politikern (und deren Beratern) konstruierte Deutungen (Symbole) politischer Phänomene. Der entscheidende Unterschied zum eingangs erwähnten Beispiel Sowjetunion besteht in der Unabhängigkeit der Medien und den erwähnten Selektionskriterien. Daraus ergibt sich die eigentliche Verantwortung der Medien: sich eine kritische Distanz gegenüber den ihnen vermehrt dargebotenen professionell inszenierten Ereignissen erhalten und den Bürgern die unzureichende Deckung der dargestellten Politik durch Inhalte bewußt machen. So wird der Wähler besser befähigt, die tatsächliche Handlungskompetenz des politischen Regimes einzuschätzen. Als Korrektiv dient sein Stimmzettel. Ein ausgeglichenes Verhältnis von medialer Manipulierbarkeit und Macht ist damit für die politische Kommunikationskultur eines demokratischen Systems essentiell.

4.5. Adhocismus – die Macht der Medien und die Ohnmacht der Politik?

von Dirk Lullies

Seit Entstehung und Verbreitung der elektronischen Massenmedien im beginnenden 20. Jahrhundert beschäftigt das Verhältnis von Medien und Politik die Sozialwissenschaften. Medien sind politisch relevant. Während ein Teil der Forscher die Meinungsbildungs- und Kontrollfunktion der Medien betont, und sie sogar für ein unabdingbares Instrument für Information und Willensbildung des Bürgers in demokratischen Gesellschaften hält – die sogenannte „Vierte Gewalt" –, warnen andere Forscher vor Manipulationsmöglichkeiten oder fragen ganz allgemein nach den Wirkungen der Medien[9] auf den (modernen) Menschen und den Risiken, die sich daraus ergeben.

In diesem Beitrag möchte ich die Debatte über mögliche Medienwirkungen nachvollziehen und das wechselseitige Verhältnis von Medien und Politik beleuchten. Besonders interessiert mich dabei der Einfluss der Medien bei politischem „Adhocismus"-Verhalten – spontanem und unvorbereitetem Reagieren auf unerwartet entstehende und als drängend empfundene Problemstellungen, bei denen viele schnelle Einzelentscheidungen an die Rolle eines großangelegten Gesamtkonzeptes treten.

Dazu ist es wichtig, sich zuerst darauf zu verständigen, *was* die Medien eigentlich bewirken[10]:

Kurzzeit-Wirkungen der Medien: die Ergebnisse der Empiriker

Schon zu Beginn der empirischen kommunikationswissenschaftlichen Forschung in den USA der 30er Jahre beschäftigte man sich mit der Wirkung der Medien. Dabei stand die junge Disziplin unter starkem Einfluss der Propaganda des Zweiten Weltkriegs. So sah man die Medien anfangs als Macht-Ressource, mit der Politiker Informationen und Meinungen in die Köpfe der atomisierten „Masse" impfen können (Paradigma der direkten Wirkung).

Recht früh rückten die US- Forscher jedoch von der Vorstellung der Medien als Wunderwaffe der Politik ab. Insbesondere die Studien von Lazarsfeld zeigten, dass Meinungsbildung im sozialen Kontext entsteht, unter Kommunikation und Berücksichtigung der besonderen Rolle von „Meinungsführern". Außerdem bevorzugt das Publikum Medieninhalte, die seinen Voreinstellungen entsprechen, so dass es in der Lage zu sein scheint, fremde Meinungen zu erkennen und zu vermeiden (Paradigma der begrenzten Wirkung). Die Rezipientenforschung der 70er Jahre stützte diese Thesen: Individuen selektieren Medien(inhalte) anhand ihrer persönlichen Voreinstellungen und ihrem sozialen und kulturellen Umfeld.

Gibt es daher keine empirisch messbaren Kurzzeit-Wirkungen der Medien? Eine zumindest scheint es zu geben: Ebenfalls in den 70er Jahren entstand die Agenda-

---

[9] Im Folgenden meint „Medien" immer Massenmedien.

[10] Hierbei beschränke ich mich aber auf sozialwisssenschaftliche Ansätze, die mir für das Verhältnis von Medien-und Politik unter dem Aspekt des Adhocismus relevant erscheinen.

Setting-Theorie (Mc Combs, Shaw). Sie belegt an empirischen Beispielen, dass die Inhalte der Medien das öffentliche Gesprächsthemenfeld (= agenda) bestimmen. Die Medien können dem Publikum also nicht suggerieren, *was* jenes zu denken habe, aber *worüber* es nachdenken soll.

Halten wir fest: Außer dem Agenda-Setting gibt es in medienerfahrenen pluralistischen Gesellschaften[11] kaum nachweisbare Kurzzeit-Wirkungen auf das Publikum. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Medien unter staatlicher oder privater Leitung stehen, der politische Einfluss ist und bleibt gering. Der Instrumentalisierung von Medien für kurzzeitige politische Ziele sind in diesem Kontext somit Grenzen gesetzt. Andersherum beeinflussen die Inhalte der Medien (insbesondere in demokratischen Staaten) die Politik, denn die mediale Agenda bedingt und verändert die Erwartungen der Wähler. Es kann ein Handlungsdruck entstehen, der für das Thema Adhocismus nicht uninteressant ist.

Langzeitwirkungen der Medien: die Thesen der Kritiker

Recht früh entwickelten sich Ansätze, denen die Fixierung auf empirisch prüfbare Kurzzeit-Wirkungen zu wenig war. Ziel der Kritik war es, langfristige Medienwirkungen auf Werte und Wahrnehmungsmuster der Gesellschaft zu erforschen. Dabei betonten viele Forscher die Historizität der empirischen Theorien. Medienwirkungen sind weder eindeutig direkt, noch eindeutig indirekt oder begrenzt, sondern abhängig vom Mediensystem (als Institution) und der dies umgebenden Gesellschaft. Je nach Kontext ändert sich daher die Macht der Medien, was erklären kann, warum sie im modernen Russland direktere Einflüsse bei Wahlen zu besitzen scheinen als in den USA der 40er Jahre.

Im Einzelnen versuchen kritische Ansätze das Wechselspiel von Medien und Politik in folgenden Punkten zu beleuchten:

Bereits die Frankfurter Schule (Horkheimer, Adorno) betonte die Rolle der Medien bei der Legitimation des sozialen Status quo. Indem sie gesellschaftliche Realität abbilden, ohne dieser eine utopische (oder „real existierende“) Gegenthese entgegenzusetzen, reproduzieren Medien soziale Machtverhältnisse und dienen der herrschenden Ideologie. Moderne konstruktivistische Ansätze griffen die Idee auf. Da in postmodernem Denken die Ausübung und Legitimation von Macht vor allem über die Schaffung gemeinsamer Diskurse geschieht (z.B. in der Schule oder eben in den Medien), läge die Macht der Medien nicht in bewusster Manipulation, sondern in der Erzeugung und Reproduktion von Stereotypen – wie dem Rassebegriff oder sozialer Rollen – und damit dem Erhalt der dominanten Deutungsmuster.

Eine ähnliche Forschungsrichtung analysiert die Rolle der Medien bei der individuellen Wirklichkeitskonstruktion. Es wird vermutet, dass die Massenmedien als Lieferanten für individuelle (und damit soziale) Lebenswelten mit Voranschreiten der Globalisierung an Bedeutung gewinnen, da weltweit immer mehr Individuen immer größere Teile ihrer Umwelt nur noch medial erfahren und nicht mehr in ihrer

[11] Diese Einschränkung ist wichtig, da der Großteil der Forschungen aus den USA stammt, und daher die Möglichkeit einer Kontextabhängigkeit besteht, wie konstruktivistische Kritiker bemerkten.

Alltagswelt überprüfen können. In dieser Sicht führen Globalisierung und Interdependenz zu einer Renaissance des direkten Medien-Einflusses: teils über bewusste Manipulation, teils als „virtuelle Sozialisation", als Erfahrungsquellen, deren Inhalte den Blickwinkel des Publikums auf die Realität formen.

Ein dritter Ansatz analysiert die sozialen Folgen der Medien als solche.[12] Das Medium fungiert als Faktor im kulturellen Wandel. Seine spezifischen Eigenschaften (z.B. Geschwindigkeit) verändern die Wahrnehmungsmuster der Gesellschaft und restrukturieren den Alltag: So sehen ans Fernsehen gewöhnte Menschen die Welt – auch in anderen Medien – anders als Nicht-Fernsehzuschauer. Auch das Medien*system* (als Institution) beeinflusst in dieser Sicht die soziale Wirklichkeit: In pluralistischen Systemen bewirkt die Selektivität der Rezipienten eine steigende Differenz der Wirklichkeiten, also im Endeffekt soziale Desintegration.

Dass diese Thesen politische Relevanz besitzen, erkannte schon Appadurai, der von der Wandlung des *social imaginary* durch das Wirken der Medien bis zur Gefahr der gesellschaftlichen Desintegration über eine Aufsplittung der Erfahrungswelten einige dieser konstruktivistischen Ideen in die Politikwissenschaft überführte.

Was kann man daraus schlussfolgern? Die Medien scheinen im aktuellen Kontext zwei spezielle Dimensionen von Macht zu besitzen: Zuerst eine direkte Manipulationsmöglichkeit infolge immer schlechterer Überprüfbarkeit des medialen (Über)Angebotes. Diese Macht ist politisch nutzbar, was die erfolgreichen Propaganda-Strategien der NATO im Kosovo-Krieg belegen. Zweitens eine strukturelle Macht, die durch spezifische Eigenheiten der Medien und des Mediensystems gesellschaftliche Wahrnehmung verändert oder reproduziert, und damit auch Rückwirkungen auf die Politik – als Teilsystem der Gesellschaft – besitzt. Vor allem diese strukturelle Macht ist es, die Politik einerseits zu Adhocismus verleitet, andererseits aber auch von der Politik instrumentalisierbar ist.

Funktion(sweise) der Medien: vom Positivismus zur Systemtheorie

Zuvor möchte ich aber noch die Debatte über die Funktion der Medien beleuchten. Im Wesentlichen gibt es hierbei zwei konkurrierende Traditionen: die normative-positivistische und die kritisch-analytische der Systemtheoretiker und Konstruktivisten.

Positivisten fordern von Medien meist Pluralismus und Objektivität, um gesellschaftliche Funktionen[13] adäquat erfüllen zu können. Die Bestimmung der Funktionen ist in der Regel normativ: So werden den Medien seit den 30er Jahren Aufgaben der sozialen Integration, Kontrolle der Politik und Willensbildung der Bürger zugeschrieben. Da es in dieser Denkweise eine objektiv vorhandene und empirisch messbare Realität gibt, liegt die Aufgabe der Medien vorrangig in der möglichst adäquaten *Verbreitung* von Fakten.

Systemtheoretiker gehen dagegen von einer eigenen Logik des Mediensystems aus. Medien können keine objektiv fassbare Realität vermitteln – selbst wenn es diese geben

---

[12] Als technisch-institutionelle Formen sozialer Kommunikation.

[13] Kontext: in demokratischen Gesellschaften.

sollte[14] –, da Selektion, redaktionelle Bearbeitung und technische Übermittlung eine getreue Abbildung der Wirklichkeit unmöglich machen. Stattdessen erfülle das Mediensystem als gesellschaftliches Sub-System zwar soziale Funktionen, operiere aber nach eigenen Gesetzmäßigkeiten, die es zu erforschen gilt. Dieser Theorie entsprechen die Suche nach den sogenannten Nachrichten-faktoren[15] und die Kommunikatorforschung. So zeigen Studien, daß sich gewinnorientierte Medienbetriebe eher an den Erwartungen der Publika orientieren, als Meinungen aktiv beeinflussen zu wollen, um ihre Geschäftsgrundlage nicht zu gefährden.

Auch diese Debatte liefert Anregungen für meine Frage: Sollte das Mediensystem nach einer internen Logik funktionieren, so besitzt es zwar Abwehrmechanismen gegen bestimmte Arten von Manipulation (z.B. die Überprüfung fragwürdiger Daten), bietet andererseits aber auch die Möglichkeit, die Systemlogik zu begreifen und im eigenen Interesse auszunutzen. Dass die Politik diese Lektion nur zu gut verstanden hat, zeigt die zunehmende Inszenierung von „Pseudo-Ereignissen", bei denen die nachrichtenwürdige Präsentation (z.B. Prominenz) nachrichtenschwachen Inhalten den Weg in die Medien ebnet.

Adhocismus als Funktion des modernen Mediensystems

Medien geben also die Welt nach eigenen Gesetzen wieder und beeinflussen ihr Publikum –meist indirekt– durch die Art dieser Wiedergabe. Auch Politiker werden als Medienrezipienten von den Medien beeinflusst. Sie sind aber zugleich Medienakteure, wie die zunehmende Zahl von Fernsehdebatten und -duellen zeigt.

Um das Phänomen Adhocismus zu betrachten, möchte ich daher aus jedem der Themenfelder einige Ideen aufgreifen: die Agenda-Setting-Funktion aus der empirischen Tradition, die „virtuelle Sozialisation" beziehungsweise die wahrnehmungsverändernde Wirkung aus der konstruktivistischen Tradition und die systeminterne Logik (inklusive Nachrichtenfaktoren) aus der Systemtheorie. Hier also meine Theorie des politischen Adhocismus als Funktion des modernen Mediensystems:

Das Mediensystem heutiger westlich-demokratischer Gesellschaften wird beherrscht von elektronischen Medien, vorrangig dem Fernsehen. Es ist meist pluralistisch, so dass eine Vielzahl von Medienakteuren miteinander in Konkurrenz liegen. Das Fernsehen besitzt zwei spezifische Eigenschaften: seine Geschwindigkeit und seine Bildhaftigkeit.

Die Geschwindigkeit der elektronischen Medien bedingt langfristig ein verändertes Zeitempfinden der Bevölkerung. Wenn man immer schneller und häufiger mit den Folgen sozialer oder politischer Missstände konfrontiert wird, wächst auch die Erwartungshaltung an die Politik, diese Missstände *schnell* aus der Welt zu schaffen. Ein gutes Beispiel sind die Meldungen über Arbeitslosigkeit oder über zivile Opfer im Afghanistan-Konflikt.

---

[14] Viele Systemtheoretiker unterstützen die These der soziale Konstruktion von Realität. Es spielt hier aber keine Rolle, da nicht der Inhalt, sondern die Funktion der Medien im Mittelpunkt der Frage steht.

[15] Eigenschaften, die ein Ereignis aufweisen muss, damit es für die Medien von Interesse ist, z.B. Prominenz, Nähe oder Relevanz.

Es kommt die zweite spezifische Eigenschaft des Fernsehens hinzu: die Bildhaftigkeit. Bilder suggerieren Authentizität, sie wirken auf das Unterbewusstsein und setzen Gefühle frei. Zugleich sind Bilder schwer relativierbar: So können Bilder der Opfer von „ethnischen Säuberungen“ unsere Deutung eines Konfliktes prägen, auch wenn sie im Gesamtkonflikt kaum eine Rolle spielen oder die Missetaten auf beiden Seiten vorkommen (z.B. im Jugoslawien-Krieg). Dadurch wird der Handlungsdruck auf die Politik erneut verstärkt.

Ein dritter Faktor ist die Logik des Mediensystems. Ereignisse werden anhand von Nachrichtenfaktoren ausgewählt und bestimmen dann die Agenda des Publikums. Dabei besitzen Konflikte per se einen höheren Nachrichtenwert als friedliche Prozesse, weil sie einfacher darzustellen sind, „bessere“ Bilder liefern und damit eine höhere Einschaltquote garantieren. Dadurch wird politisches Konflikt*management*“ – spontanes Eingreifen zur Beendigung eines Konflikts – von der Aufmerksamkeit der Medien mehr honoriert als Konfliktprävention oder –nachbearbeitung.

Die meist privatwirtschaftlich-pluralistische Organisation des Mediensystems verstärkt die Relevanz als wichtig empfundener Ereignisse noch, da eine Vielzahl von Medien um die besten Bilder und Berichte wetteifern – auf der Suche nach der höchsten Einschaltquote. Dadurch kann es zu einer kurzzeitigen Informationsüberflutung aller möglichen Aspekte eines einzelnen Themas kommen (Beispiel: Elfter September). Auch dadurch wird der Handlungsdruck auf die Politik erhöht.

Adhocismus als politische Strategie

Politiker sind nicht nur Opfer der mediengeschaffenen und -beschleunigten Erwartungshaltung des Publikums. Sie können diese auch als Nischen für politisches Handeln begreifen und ausnutzen.

Neben den bereits erwähnten Pseudo-Ereignissen spielt insbesondere politisches „Agenda-Surfen“[16] eine Rolle: Politiker reagieren heutzutage häufig adhocistisch und symbolträchtig auf Probleme, die auf der medialen Agenda des Publikums Relevanz besitzen, um sich kurzzeitig zu profilieren (Beispiel: Eingreifen des Bundeskanzlers Schröder bei der Holzmann-Pleite). Da die Medienagenden oft instabil sind, besteht so die Möglichkeit, sich in innen- und außenpolitischen Problemfeldern als „Macher“ darzustellen, ohne die Probleme grundlegend zu lösen, da die Agenda bis dahin vielleicht schon gewechselt hat.

Selbst bei über längere Zeiträume konstanten Agenden sind adhocistische Spielzüge außerdem insbesondere vor Wahlen eine attraktive politische Option, da sie unmittelbar belohnt werden und genügend Zeitressourcen für gründlicheres Handeln eröffnen.

Fazit: Das Wesen und die Risiken von politischem Adhocismus

Das Phänomen politischer Adhocismus ist in keinem eindeutigen Ursache-Wirkungszusammenhang zu fassen. Sicher scheint, das technische Möglichkeiten und Arbeitsweise des modernen Mediensystems zur Verbreitung adhocistischer

16 Terminus stammt von mir.

Entscheidungen beitragen, da sie die Politik immer stärker unter zeitlichen Handlungsdruck setzen.

Zudem sind auch Politiker in einer sich globalisierenden Welt immer öfter Opfer der „virtuellen Sozialisation“ und der zunehmenden Abhängigkeit von Fremdwissen. Sie sind Teil des Publikums und folgen damit selbst den Aufmerksamkeitsströmen der Medien.

Wenn sich die Politik aber immer stärker auf ein zeitdruck-orientiertes, sich selbst fortwährend korrigierendes Nachrichtensystem wie die Medien verlässt[17], laufen auch politische Entscheidungen Gefahr, immer bruchstückhafter, improvisierter und nachbesserungsbedürftiger zu werden.

Dies kann zuweilen im Interesse von Politikern liegen, die sich über bewusst inszenierte und/oder adhocistische Spielzüge kurzfristig zu profilieren suchen. Ob dies langfristig dazu beiträgt, das Vertrauen der Bürger ins politische System als solches zu unterminieren, müsste und sollte noch untersucht werden.

[17] Anstelle beispielsweise eines langfristigeren Informationssystems wie der Wissenschaft.

4.6. Wissenschaft braucht Eigen-PR

von Daniela Stawinoga

Will Wissenschaft, insbesondere Politikwissenschaft, ihre Gesellschaft und Politik beratende Bedeutung stabilisieren und ausbauen, so muss sie sich den Bedingungen einer zunehmend mediatisierten Gesellschaft und Politik stellen und Public Relations[18] betreiben.

In der letzten Dekade hat sich die Gesellschaft der westlichen Industriestaaten in eine Mediengesellschaft ohne Gleichen verwandelt. Die quantitative Ausbreitung und qualitative Differenzierung der Medien verursachten eine zunehmende Mediatisierung beinahe aller gesellschaftlicher Bereiche. Medien gewinnen mehr und mehr an Bedeutung für Informations- und Entscheidungsprozesse in anderen gesellschaftlichen Subsystemen. Gleichzeitig können sie sich verstärkt von sozialen und politischen Institutionen abkoppeln und als autonomer Akteur auftreten. Bei den meisten öffentlichen Themen setzen sich die Informations- und Deutungsangebote der Massenmedien durch.

Diese Mediatisierung der Gesellschaft ging und geht einher mit veränderten Realitäten des Systems Medien. Als eine wichtige, wenn nicht wichtigste, Veränderung ist hier der allgemeine Trend zu einer Ökonomisierung zu nennen. Als Beispiel sollen hier die Entwicklungen in der deutschen Presselandschaft dienen. Stagnierende und bisweilen sogar ausgeschöpfte Potentiale der Lese- und Anzeigenmärkte lassen Verlage andere Geschäftsfelder erschließen und zwingen zu einer Optimierung der Ergebnisse in ihren klassischen Geschäftsfeldern. Dies kann jedoch nur durch ein striktes Kostenmanagement und die Ausschöpfung der letzten traditionellen Umsatzpotentiale realisiert werden. Reichweiten- und Quotendenken werden zum Maßstab der Verlagsleiter und Journalisten - die Ökonomisierung der Medien ist in vollem Gange.

Wenn dieses heilsame Redaktionsmanagement sich auf die Erschließung ausschließlich anzeigenrelevanter Zielgruppen beschränkt, werden Verkaufsaspekte schnell journalistische Maßstäbe ersetzen und der mediale Inhalt verwässert. Eine schleichende Erosion journalistischer Maßstäbe wird von Kommunikationswissenschaftlern bereits konstatiert. Diese wird durch technische Entwicklungen innerhalb der Redaktionen nur gefördert. So landen Aufgaben des Seitenumbruchs oder der Bildbearbeitung an den Schreibtischen der Redakteure, deren Zeit für Kontrolle, Verifizierung und Recherche von Hintergrundinformationen sich reduziert. Altmeppen spricht hier von einer „Amalgamierung technischer und journalistischer Tätigkeiten."

Chefredakteure werden also mehr und mehr zu Redaktionsmanagern, die in die Führungs- und Kontrollsysteme der Verlage eingebunden sind und kaum über Ressourcen verfügen, journalistische Ansprüche in Erinnerung zu rufen. Ganz zu schweigen von den Verlagsleitern, die im seltensten Fall über ein publizistisches Verständnis verfügen.
Als ein zweiter wichtiger Faktor im Prozess der Mediatisierung der Gesellschaft und der Veränderung des Mediensystems sind die technischen Fortschritte und die Entwicklung

---

[18] Public Relations, PR und Öffentlichkeitsarbeit werden synonym verwendet.

hin zu einer Informationsgesellschaft zu betrachten. Technische Entwicklungen wie Digitalisierung und Kompression von Daten ermöglichen die Verknüpfung unterschiedlicher Medien. Es entstehen neue Märkte für Bilder, Texte, Töne und Daten. Durch Spezialisierung und Segmentierung weitet sich das Medienangebot weiter aus, so dass der Rezipient in dieser Sintflut von Daten und Informationen verloren zu sein scheint, wenn kein Journalist sich damit beschäftigen würde und die Informationsaufnahme erleichterte. Diese technischen Neuheiten lassen aber auch die Suche nach Verknüpfungsmöglichkeiten an Stelle der Suche nach Informationen treten, was letztlich das Angebot an Informationen wieder reduziert oder auf leicht in verschiedenen Medien präsentierbare Themen beschränkt.

Die technischen Entwicklungen gestatten gleichzeitig eine zunehmende Grenzenlosigkeit der Massenkommunikation, bei der Staatsgrenzen und Rechtsräume, gesellschaftliche und hierarchische Grenzen keine Bedeutung mehr zu haben scheinen. Doch auch hier fällt es dem Rezipienten schwer, die Übersicht zu behalten und für ihn relevante Informationen aufzunehmen.

Die steigende Zahl der Internet-Nutzer macht dieses Medium zu einem lukrativen Anzeigenmarkt. Immer neue Online-Redaktionen lassen das Medienangebot nahezu explosionsartig ansteigen. Innerhalb der 90er Jahre stiegen die angebotenen Medieninhalte pro Generation 800 mal stärker an als die Rezeptionskapazität des Menschen. In täglichen Handlungsprozessen fällt die Unterscheidung zwischen fernen Medien und naher Erfahrungsrealität immer schwerer. Dennoch erscheinen dem Rezipienten das Erleben aus zweiter Hand und medial vermittelte Informationen nicht als etwas Fremdes. Sie geben sich zufrieden mit dieser Form des Informationszuwachses und akzeptieren die medialen Stellvertreter für die Erfahrungsräume Politik, Wirtschaft und Kultur etc. Studien haben gezeigt, dass das Wissen Einzelner sich aus 20 % eigenen Erfahrungen und zu 80 % aus medial vermittelten Informationen zusammensetzt – Tendenz steigend. In zunehmendem Maße legen die Rezipienten individuell verarbeitete Angebote aus den Medien im Gedächtnis als eigene Erfahrung ab. Hier spiegelt sich also ein weiteres Charakteristikum der Mediengesellschaft wider: durch den relativen Verzicht auf eigene Erfahrungen setzen sich mehr mediale Informationsangebote beim Rezipienten durch.

Den Medien kann somit eine den Rezipienten steuernde Funktion zugeschrieben werden. So scheint es beinahe zwangsläufig, dass Unternehmen, Regierungen und gesellschaftliche Organisationen an diesem Steuerungsprozess mitwirken wollen. Doch dieses Mitsteuern ist nur durch Aufgabe ihrer defensiven Haltung gegenüber den Medien überhaupt möglich. Eine Vielzahl gesellschaftlicher Akteure geht daher dazu über, mit Hilfe von Public Relations Fachleuten die Inszenierung ihrer Themen, Ereignisse und Personalentscheidungen zu planen und in den Medien zu platzieren. Externe Kommunikation wird zu einer Managementaufgabe, die zum Wertschöpfungsprozess beiträgt. Dies führt wiederum nur aufgrund der reduzierten Ressourcen der Journalisten zu Erfolg, denn diese verlassen sich mehr und mehr auf Angebote der Öffentlichkeitsarbeit, da keine Zeit für Eigenrecherche vorhanden ist. Zahlreiche Studien haben die große Bedeutung von Öffentlichkeitsarbeit als journalistische Quelle belegt. So hält Barbara Baerns in ihrer Determinierungshypothese fest, dass Öffentlichkeitsarbeit Themen und Timing der Medienberichterstattung unter Kontrolle hat. Journalisten und Öffentlichkeitsarbeiter haben gelernt, zum Vorteil ihres jeweiligen Anliegens zu kooperieren, was das regelmäßige Auftreten von Differenzen

nicht ausschließt. Die zunehmende Zahl der Akteure in der Medienarena verschärft die Konkurrenz um das knappe Gut Aufmerksamkeit.

Auch die Politik kann sich diesen Entwicklungen nicht entziehen. Bestehen ihre grundlegenden Funktionen doch in der Herbeiführung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen und in der Darstellung dieser Prozesse in der Öffentlichkeit. Politisches Handeln und Entscheiden muss öffentlich dargestellt werden, um die Aufmerksamkeit der Wähler zu erlangen und im Anschluss daran deren Zustimmung zu gewinnen. Dabei jedoch sind die politischen Akteure zunehmend auf die Thematisierungsfunktion der Medien angewiesen, denn, wie bereits erläutert, wird Öffentlichkeit heute weitgehend via Medien hergestellt. Der Wähler rezipiert seine Informationen hauptsächlich über Massenmedien und unterscheidet das so entstandene Wissen kaum von direkt Erfahrenem. Daher müssen sich politische Akteure über den Kanal der Medien an ihre Zielgruppe der Wähler wenden, da dies durch direkte Kommunikation mit dem Wähler kaum noch geschehen kann.

Politische Akteure stehen daher vor der Wahl, sich der Mediatisierung der Gesellschaft anzuschließen und den Kontakt zum Wähler zu erhalten oder sich auf traditionelle direkte Kommunikationsformen mit dem Wähler zu beschränken und langsam den Zugang zu ihm zu verlieren. Sie orientieren sich daher an den Regeln und Routinen der Medien, um in sie Eingang zu finden. Für eine dauerhafte Sicherung der Beziehung zu den Medien werden spezialisierte Funktionsrollen geschaffen – Experten für politische Öffentlichkeitsarbeit. Folgt man James E. Grunig und Todd Hunt, so ist Public Relations „the management of communication between an organization and its publics." Politische Öffentlichkeitsarbeit hat also den Kommunikationsfluss zwischen Politik und Bürger / Wähler zu gewährleisten und zu organisieren. Da politische Kommunikation in modernen und ausdifferenzierten Gesellschaften vor allem über Medien möglich ist, muss politische PR vorwiegend Medienarbeit leisten. Diese beinhaltet die kontinuierliche Beobachtung des Medien- und Meinungsmarktes und fundierte Kenntnisse der Handlungslogik der Medien. Denn nur so können Strategien der Thematisierung und Dethematisierung im Mediensystem aufgehen und die politische Botschaft an den Wähler / Rezipienten weitergegeben werden. Politische PR kann als Versuch zur strukturellen und prozessualen Steuerung des Mediensystems betrachtet werden. Politische Medienberichterstattung ist zunehmend ein Produkt des gemeinsamen Handelns von Journalisten und Politikern beziehungsweise deren Öffentlichkeitsarbeitern. Sarcinelli beschreibt dieses Verhältnis denn auch als "Tauschverhältnis mit wechselseitiger Abhängigkeit". Beide Akteure verfolgen Ziele zu deren Erreichen sie den jeweils anderen Akteur benötigen: Politiker streben nach Erhalt oder Erwerb der Macht für ihre Organisation oder sich selbst und auf der anderen Seite sucht der Journalist nach immer neuen und möglichst exklusiven Informationen.

Diese Einflussnahme der Politik auf die Medieninhalte wird dadurch erschwert, dass Politikthemen keine zwingenden Berichterstattungsthemen mehr zu sein scheinen. Vielmehr konkurrieren sie mit Themen aus anderen sozialen Systemen um die Aufmerksamkeit der Journalisten, um Berichterstattungsplätze in den Medien und letztlich um die Aufmerksamkeit bei den Rezipienten. Politische Akteure konkurrieren nunmehr nicht nur untereinander um Medienaufmerksamkeit, sondern auch mit anderen gesellschaftlichen Akteuren.

Für die Erlangung öffentlicher Aufmerksamkeit sind politische Akteure daher angehalten, scheinbar interessanter, wichtiger, kompetenter und glaubwürdiger zu sein als ihre Konkurrenten. Zusätzlich müssen sie sich den Präsentationsformaten der einzelnen Medien anpassen. Politische Kommunikatoren wissen, was für unterschiedliche Medien wichtig ist und welches Ereignis Nachrichten- und Unterhaltungswert hat und richten sich danach. So liegt es nur nahe, dass Inszenierung, Symbolisierung und Personalisierung wachsende Bedeutung innerhalb der politischen Kommunikation erlangen. Politik kann sich der Rasanz und zunehmenden Knappheit medialer Informationen kaum entziehen und muss ebenso schnell und prägnant kommunizieren.

Dennoch, folgt man zahlreichen Kommunikationswissenschaftlern, kann Public Relations und somit auch politische Public Relations nur dann erfolgreich sein, wenn sie strategisch geplant ist. Das heißt, dass letztlich Politik und Medien ihre Beziehungen formalisieren und stabile soziale Interaktionsbedingungen schaffen müssen, um so eine Vielzahl an Informationen produzieren, prüfen und verarbeiten zu können. Eine Formalisierung der Beziehungen der politischen und medialen Akteure ermöglicht letztlich auch informelle Kontakte.

Exzellente PR schließt aber auch eine Zwei-Weg-Kommunikation mit ein. Politische Öffentlichkeitsarbeit ist somit angehalten, die Vorstellungen und Meinungen ihrer Zielgruppen, der Wähler, in ihr Handeln einzubeziehen. Auch dieser Kommunikationsfluss scheint zunehmend medial vermittelt. Wähler in Form anderer gesellschaftlicher oder sozialer Akteure erlangen den Kontakt zu den politischen Akteuren zunehmend durch den eigenen Auftritt in den Medien. Politik scheint sich also soweit den medialen Handlungsmustern angepasst zu haben, dass andere Akteure sie auch nur noch medial vermittelt erreichen können.

Die Ringvorlesung „Konkurrenzen auf dem Deutungsmarkt: Politische und wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa“ hat gezeigt, dass Wissenschaft und vor allem Politikwissenschaft kaum Einfluss auf oder Zugang zu politischen und medialen Akteuren hat. Wissenschaftler werden, wenn überhaupt, vor allem in Krisen- und Konfliktfällen befragt und haben kaum Gewicht im alltäglichen Geschäft. Selbst der Zugang der Politikwissenschaft zu politischen Akteuren ist direkt nur schwer möglich und selten durch indirekte Kanäle wie Vertraute der politischen Entscheidungsträger realisierbar.

Auch im Mediensystem scheint der Einfluss der Wissenschaft eher marginal zu sein. Über Hochschulseiten und Wissenschaftsmagazine zu ungünstigen Sendezeiten geht die Wissenschaftsberichterstattung kaum hinaus. Hier und da dürfen sich Kommunikationswissenschaftler in ihren Kolumnen auf der Medienseite einzelner Tageszeitungen zwar austoben, aber mehr Einfluss wird der quasi hauseigenen Wissenschaft nicht zugestanden. Manch Wissenschaftler mag hier nun die Komplexität seiner Expertise anführen, die unmöglich an die medialen Handlungsmuster angepasst werden kann - Wissenschaft kann doch nicht auf eine Spalte oder 90 Sekunden reduziert werden.

Will Wissenschaft aber Einfluss auf Politik und Gesellschaft nehmen, muss sie sich den Gegebenheiten einer mediatisierten Gesellschaft anpassen. Wenn politische Akteure scheinbar nur noch über Medien erreichbar sind, dann steht auch Wissenschaft im Zugzwang sich dieser Mediatisierung anzuschließen, will sie den Kontakt nicht vollends

abreißen lassen. Gerade weil Wissenschaftler zu einem großen Teil nicht in der Lage scheinen, ihre Anliegen medial zu vermitteln, bedarf es auch hier der Schaffung von spezialisierten Funktionsrollen, die eine Beziehung zu den Medien aufbauen. *Wissenschaft braucht Eigen-PR*. Wissenschaft sollte PR-Experten beschäftigen oder sich Methoden der Öffentlichkeitsarbeit zu eigen machen, um über den Eingang in die Massenmedien den Zugang zur Politik zu ermöglichen. Nur so scheint es, kann Wissenschaft seine Bedeutung überhaupt verdeutlichen oder versuchen, Einfluss auf Politik auszuüben. Wissenschaft sollte wie auch andere gesellschaftliche Bereiche ihre passive Haltung aufgeben und aktiv ihre Kommunikation gestalten.

Public Relations für die Wissenschaften dient letztlich auch dem Selbsterhalt, denn scheint es gegenwärtig nur nahe zu liegen, dass bei Budget-Problemen wissenschaftliche Einrichtungen zuerst dem Sparzwang zum Opfer fallen. Gelingt es aber der Wissenschafts-PR den politischen und gesellschaftlichen Akteuren ihre Bedeutung vor Augen zu führen, können neue Fördergelder aus Staat und Wirtschaft akquiriert werden.